

Dieser Punkt bezieht sich auf die Revision der zur Sicherung der Staatsordnung erlassenen Ausnahmebestimmungen.

Die Färsen wohl und munter!

Die im Ausland aufgetretenen Gerüchte von der Ermordung des Kaisers sind völlig unbegründet.

Den im Hofministerium eingeholten Erkundigungen zufolge sind die Gerüchte von einer Ermordung des Großfürsten Sergius gänzlich unbegründet.

Die gute Regierung und die schlechten „Elemente“.

Auf Befehl des Kaisers wird in Petersburg eine Bekanntmachung des Finanzministers und des Generalgouverneurs angeschlagen, die lautet:

Der ruhige Verlauf des öffentlichen Lebens in Petersburg wurde in den letzten Tagen durch die Einstellung der Arbeit in den Fabriken und Werkstätten gestört, indem die Arbeiter zu ihrem offensichtlichen Schaden und dem der Arbeitgeber die Arbeit niederlegten. Sie stellten zugleich eine Reihe von Forderungen auf, welche gemeinsame Beziehungen zwischen ihnen und den Fabrikanten betreffen. Die existierende Bewegung umfasste schätzungsweise Personen aus, welche die Arbeiter als ihr Werkzeug benutzten, und verleitete die Arbeiterbevölkerung durch betrügerische, unzulässige Versprechungen auf einen Irrweg. Die Folgen dieser verbrecherischen Agitation waren gabelartige Störungen der Ordnung in der Hauptstadt und die in solchen Fällen unvermeidliche Einmischung der bewaffneten Macht. Die Erscheinungen sind tief traurig und rufen Mitleid hervor. Die schlechtesten Personen werden nicht die Schwierigkeiten durch, welche das Vaterland in der schweren Kriegszeit durchlebt. In ihren Händen ruht das Wohl der Hauptstadt Petersburgs und der Werkstätten als blindes Werkzeug, welches sich keine klare Rechenschaft darüber gab, daß im Namen der Arbeiter Forderungen gestellt wurden, welche nichts Gemeinsames mit ihren Bedürfnissen haben. Indem die Arbeiter Forderungen aufstellten und die üblichen Beziehungen einstellten, vergraben die Arbeiter der Petersburgs Fabriken und Werkstätten auch, daß sich die Regierung nicht ihren Bedürfnissen gegenüber vorfing, wie sie sich auch gegenwärtig verhält und bereit ist, ihre berechtigten Wünsche anzuerkennen zu hören und diese, soweit es möglich ist, zu erfüllen. Aber zu solcher Tätigkeit braucht die Regierung vor allem die Wiederherstellung der Ordnung und die Rückkehr der Arbeiter zu der alltäglichen Arbeit. Im Namen der Nation ist eine ruhige, wohlwollende Tätigkeit der Regierung zum Nutzen der Arbeiter unabsehbar, und die Erfüllung ihrer Forderungen, wie notwendig diese auch sein mögen, kann nicht erfolgen, wenn Unordnung und Unzufriedenheit herrschen.

Die Arbeiter sollen der Regierung die ihr obliegende Aufgabe der Verbesserung ihrer Lage erleichtern. Sie können dies nur auf dem einen Wege vollbringen, indem sie sich von jenen entfernen, welche alleinig Unruhen nötig haben, welchen der wahre Nutzen der Arbeiter, sowie die wahren Interessen unserer Heimat fern sind, und die diese nur als Vorwand zur Hervorrufung von Unruhen gebrauchen, die nichts mit dem Nutzen für die Arbeiter zu tun haben. Die Arbeiter sollen zu ihren gewöhnlichen Beschäftigungen zurückkehren, die dem Lande ebenso notwendig sind wie den Arbeitern selbst, die sonst Frauen und Kinder der Not übergeben. Das Arbeitervolk möge, indem es zur Arbeit zurückkehrt, wissen, daß seine Räte dem Kaiser des Jaren ebenso nahe stehen wie die aller übrigen Untertanen. Mit dem, was der Kaiser unlängst nach seinem persönlichen freien Willen zu befehlen gerufen hat, daß nämlich an die Verabreichung der Frage der Arbeiterverwaltung heranzutreten werden soll, zu dem Zweck, sie gegen Invalvidität und Krankheit sicherzustellen, mit dieser Maßregel ist die Sorge des Kaisers für das Wohl der Arbeiter nicht erschöpft. Vielmehr geht gleichzeitig auf Verlangen des Jaren das Finanzministerium an die Anbahnung eines Gesetzes, betreffend die Verkürzung der Arbeitszeit, und an die Ausarbeitung von Maßnahmen, welche dem arbeitenden Volke die gesetzliche Möglichkeit geben werden, über seine Bedürfnisse zu beraten und sie zum Ausdruck zu bringen. Mögen auch die Arbeiter in den Fabriken, Werkstätten und anderen gewerblichen Einrichtungen wissen, daß sie, nachdem sie zur Arbeit zurückgekehrt sind, darauf rechnen können, daß die Regierung die Unverletzlichkeit ihrer Person, ihrer Familien und ihres häuslichen Herdes schützen wird. Die Regierung wird diejenigen, welche zu arbeiten wünschen und dazu bereit sind, vor verbrecherischen Anschlägen auf die Freiheit ihrer Arbeit seitens schlecht gellimter Personen schützen, welche die Freiheit laut verkünden, aber darunter nur das Recht verstehen, Kameraden, welche bereit sind, zur öffentlichen Arbeit zurückzukehren, auf dem Wege der Gewalt hierzu zu hindern.

Eine provisorische Regierung.

„Daily Telegraph“ schreibt aus Petersburg vom 23. d. M.: Es hat sich ein Ausschuss von Liberalen gebildet, der sich als die provisorische Regierung Russlands bezeichnet. Der Ausschuss erklärt, es würden die Zinsen aller bisher abgeschlossenen Anleihen bezahlt werden, aber alle Anleihen, die von der kaiserlichen Regierung nach dem 22sten Januar aufgenommen werden sollten, würden nicht anerkannt werden.

Durch Kreditfähigkeit hoffen diese Leute den russischen Staatsbau in noch schnelleren Wandel zu bringen.

Bitte und Mirski gegen die Wetzleien?

Der Petersburger Korrespondent der „Daily Mail“ ist in der Lage, mitzuteilen, daß weder Bitte noch Mirski für die blutigen Ereignisse der letzten Tage die Schuld trifft. Beide betrachten die letzten Vorkommnisse als schwere politische Fehler und für ein Verbrechen. Das wird wohl nicht stimmen.

Ueber das Straßenbild

erhält die „Schles. Zig.“ von ihrem Petersburger Berichterstatter folgende Schilderung:

Seit dem späten Abend des Sonntags befindet sich ein Teil der Arbeiterschaft im Besitze von Waffen. Hier und da sind heute Waffenklänge zwischen Volk und Militär geschlagen worden, in gestern Abend auf dem Knecht bei der Michailowskaja auf Wajsil-Ostrow, an den Sammlern und auf der Petersburger Seite. Jetzt plündert der niedrige Mob, hier „Pulgane“ genannt, wo er verlor, während die wirklichen Arbeiter der Mob vertrieben, wo sie ihn antraten! Kein Arbeiter ist verletzt! Man stellt Wachen an den Weinhandlungen und den Kronschneidereien auf, um den Verkauf starker Getränke zu verhindern. Der heutige Tag verlief bis zur Dunkelheit verhältnismäßig ruhig. Das einzelne Gehen der besten Stadtbesucher ist ruhig, man hat heute auf die Offiziere. Viele bewachte Arbeiter fanden Aufnahme in Privatwohnungen, natürlich inoffiziell. Der offizielle Telegraph verkündet die Wahrheit über die Zahl der Toten und Verwundeten. Die Menge ist heute man mindestens 800 Tote. Aus der sozialen Revolution wird eine politische und schließlich anarchische werden, wenn die höchsten Ehren immer nur weiter mit Willkür verfahren werden. Bomben-Attentate sollen bereits beschlossene Sache sein. Zahllose Proklamationen werden über die ganze Stadt verbreitet. Eben 6 Uhr, sind alle Wachen von der Petersburger Seite für Herrschaften geschlossen. Mäßig bekannte wieder elektrische Lampen, weil die Beamten die Arbeit übernommen hatten.

Bestattung der Opfer.

Um Mitternacht begab sich ein Leichenzug unter militärischer Eskorte nach Obolow, 14 Kilometer von Petersburg entfernt. Der Leichenzug führte 40 Droschken, 2 Aufreiter und 3 Jockeys, die dort bereit zu werden sollten. Mehrere tausend Arbeiter versuchten den Leichenzug die Straße zu entzweien, wurden aber mit blanker Waffe zurückgeworfen.

Zahlreiche Familien unterließen aus Furcht, in das schwarze Tuch des Generals-Trepow einzutreten, zu werden, die Agitation ihrer Angehörigen. Alle Leichenzüge erhielten militärische Eskorten. In keinem Leichenzuge durften mehr als 12 Personen teilnehmen.

Die Aufnahme der Arbeit steht bevor.

Der neue Generalgouverneur setzte die Arbeiter in Kenntnis, daß, wer mit dem Freitag die Arbeit nicht freiwillig aufgenommen habe, per Eskorte in seine Heimat beordert werde. In der Stadt herrschte den ganzen Tag über völlige Ruhe, nur sehr wenige Läden waren geschlossen. Die Militärpatrouillen waren tagsüber eingestellt. Nur für die Nacht wurden neuerdings umfangreiche Vorkehrungen getroffen, um Unruhen zu vermeiden. In zwei Arbeiterversammlungen beschloßen die Arbeiter, vor der Hand keine weiteren Versuche zu machen, sich der Gewalt zu fügen und die Arbeit wieder aufzunehmen. Die Zahl der Arbeitswilligen soll 90 Prozent betragen.

Deutsche Maßregeln.

Ein gestern bereits bemerktetes Gerücht taucht heute mit größerer Bestimmtheit wieder auf, weshalb auch wir es verzeichnen:

Folgt die Aufhebung in Rußland-Polen soll sich die Regierung veranlaßt gesehen haben, Schutzmaßregeln an der russischen Grenze zu treffen, um ein Uebergreifen des Aufstandes auf deutsches Gebiet zu verhindern. Die General-Kommandos in Posen und Breslau sollen geheime Ordres erhalten haben, die Befestigung der Grenze bei einer weiteren Ausdehnung der Unruhen durch Truppen des 5. und 6. Armeekorps vorzunehmen. Es sollen aus den alten Mannschaften Marschbataillone gebildet werden. Genannt werden die Regimenter 22 (Gleiwitz), 23 (Reiße), 6, 46, 47 (Posen) und 58 (Glogau).

Soll die Grenze besetzt werden, damit nicht preussische Polen ihren russischen Brüdern zu Hilfe eilen oder soll nur das Uebergreifen der Bewegung auf preussische Gebiete verhindert werden?

Der Papst und die Unruhen.

Der Papst, über die Ereignisse in Rußland eingehend unterrichtet, soll angeblich nach längerer Unterredung mit zwei Kardinälen beschlossen haben, an den Jaren einen Brief zu richten, worin er um die Erlaubnis bittet, dem Kaiser angesichts der jüngsten Ereignisse einen Rat erteilen zu dürfen. Der Papst erinnert in dem Briefe an den Kaiser an seine Worte der Liebe und des Friedens, die er bei dem letzten Vaager Kongress ausgesprochen hatte. (Der reine Hohn! D. Red.) Er bittet den Jaren, dem Freischütz des russischen Volkes Gehör zu schenken. Nur eine Tat der Liebe könne das russische Volk retten. Zwei Beamte des Vatikan sind beauftragt nach Petersburg zu reisen und dem Kaiser eigenhändig das Schreiben zu übergeben. Wenn es wahr sein sollte, werden die zwei wahrscheinlich hinausgeworfen werden — von dem Schurken Trepow.

Das Ausland.

Der Gemeinderat der Stadt Lyon hat auf den Antrag einer sozialistischen Gruppe fast einstimmig folgende Erklärung angenommen:

Infolge der schmerzlichen Ereignisse, die Petersburg zum Schauplatz und die russischen Arbeiter zum Opfer hatten, erhebt der Gemeinderat mit der Entrüstung, die eine Demokratie dabei befehlen muß, Einspruch gegen dieses barbarische Verfahren, das eines zivilisierten Landes unwürdig ist. Die Versammlung sendet dem russischen Volke den Ausdruck ihrer lebhaftesten Teilnahme und brüdt den Wunsch aus, daß seine Forderungen triumphierten möchten.

Auch in Rom, sowie in Palermo, Pavia und Livorno fanden gestern große Studentendemonstrationen gegen Rußland statt. Die „Tribuna“ wendet sich in einem Leitartikel mit der Ueberschrift „Schande“ gegen den Jaren. Der Leitartikel schließt mit dem Satz: „Wenn morgen ganz Rom in feierlicher, stillschweigender Prozession einen würdigen Protest gegen die schändlichen Morde in Petersburg erhebe, wer könnte es tadeln? Wer wollte es hindern? Die Zivilisation hat wohl ein Recht, der grausamen Reaktion ins Gesicht zu schreien: „Schande!“ Die Menschheit darf der Barbarei ins Gesicht rufen: „Schande, Schande!“

Politische Uebersicht.

Reichstanzler-Verantwortlichkeit. Die sozialdemokratische Reichstags-Fraktion hat am Mittwoch beschlossen, zum Etat des Reichstanzlers nachstehende Resolution einzubringen:

Die veränderten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstags in Vöbe den Entwurf eines Gesetzes vorzulegen, durch welches eine wirksame politische und budgetrechtliche Verantwortung des Reichstanzlers festgestellt wird.

Angenichts der vielfachen Staatsübertretungen ohne Zustimmung des Reichstags sollen also die bürgerlichen Parteien Gelegenheit erhalten, zu zeigen, wie tief bei ihnen der Konstitutionalismus sitzt und wie groß ihre Energie gegenüber dem Absolutismus bleibt.

Die Zwei werden nicht begnadigt. In dem Deßauer Aufspruchprozess ist das Gnadengesuch der vom Magdeburger Oberkriegsgericht zu je 1 1/2 Jahren verurteilten Soldaten Günther und Fuchs vom Kriegsherrn abgelehnt worden.

Preussische Gefinnungsschwüngelei. In dem Protokoll über die letzte Sitzung der Kammer der Provinz Westfalen ist, wie wir der „Doll. Zig.“ entnehmen, als Punkt 9 zu lesen:

Die Kammer erhält Kenntnis von einem vertraulichen Schreiben des Oberpräsidenten mit der Mitteilung, daß ein Kollege in unserer Provinz sich offen in den Dienst der sozialdemokratischen Partei gestellt hat. Der Vorsitzende hat festgestellt, daß dieser Kollege keinem Arztverein angehört.

Was in aller Welt interessiert den Oberpräsidenten die politische Gefinnung eines Arztes? Wie kommt er dazu, einen Arzt seiner politischen Gefinnung wegen bei der Kammer zu denunzieren?

Was in aller Welt interessiert den Oberpräsidenten die politische Gefinnung eines Arztes? Wie kommt er dazu, einen Arzt seiner politischen Gefinnung wegen bei der Kammer zu denunzieren? Laut Paragraph 3 des Gesetzes über die ärztlichen Ehrengerichte haben diese sich mit dem politischen, wissenschaftlichen oder religiösen Ansichten oder Handlungen eines Arztes nicht zu befassen. Die Herren Ärzte werden mit der Zeit russisch!

Von unserem Kafferkrieg bekommt man in diesen aufgeregten Tagen auch wieder einmal etwas zu hören.

Nach einer amtlichen Meldung des Generals Trotha vom 26. Januar über die Expedition der Reserve Trotha in den Tagen vom 8. bis 8. Januar mehrere Werke der Nordbahn bei Wittenberg und Gorab. Farmer Reiter, Janni, Janni von der Farm Wittenberg und Gordon befreit. Der Feind verlor sechs Tote und vier Verwundete, sieben Gewehre mit Munition, 16 Pferde, 487 Stück Großvieh und 2000 Kleinvieh.

Das Stappenkommando Oshandja hat, wie die „Widener Nachrichten“ mitteilen, unter dem 12. Dezember 1904 folgende Bekanntmachung erlassen:

Auf Befehl Seiner Exzellenz von Trotha sollen nunmehr alle Hereros, die sich freiwillig stellen, geschenkt und als Arbeiter angestellt werden. Unmittelbar Schuldige und Führer hiervon ausgeschlossen. Unter den Führern von Streifkorps sind Verhandlungen in diesem Sinne gestattet. Allen Stationen und unterwegs befindlichen Kolonnen den Befehl mitteilen.

Was geschah bisher mit den Hereros, die sich freiwillig stellten, wenn sie erst „nunmehr“ geschenkt werden sollen?

Der Reichstag erlebte den wichtigsten Teil seiner Donnerstag-Sitzung vor Eintritt in die Tagesordnung.

Staatssekretär Graf Posadowsky kündigte an, daß der Handelsvertrag mit Oesterreich-Ungarn abgeschlossen ist und daß wahrheitsgemäß am 1. Februar die sieben Handelsverträge dem Hause vorgelegt werden. Die ungeliebte konservative Interpellation ist somit erledigt, noch ehe sie zur Verhandlung gekommen ist. Dann ging es wieder an den Post-Etat. Die Debatte verlief sich noch mehr in Details, zum Teil alleruntergeordnetster Art, denn am Tage zuvor.

Wir sind ja so sittlich! Ueber eine seltsame pädagogische Maßnahme auf dem Gymnasium in Wschaffenburg berichten die „Münch. Neuest. Nachr.“:

Danach dürfen die Schüler dieser Anstalt nicht einmal mit ihren eigenen Schweltern Hand in Hand über die Straße gehen oder Schütteln laufen. Vor kurzem kam der letztere Fall vor. Der betreffende Schüler, aus bekannter angeerbter Familie, wurde auf Rektorat zitiert und ihm auf die Erklärung, daß das Mädchen, mit dem er den Eishaus getrieben habe, seine Schwester sei, eröffnet, daß dies verboten sei und daß er im Wiederholungsfall Strafe zu erwarten habe.

Hoffentlich wird die unglaubliche Geschichte verächtlich.

Die Subskriptionskommission des Reichstages bewilligte die Forderung der fortbauenden Ausgaben für Unterbeamte in geborenen und sonstigen Dienststellungen und nahm dazu einen Antrag Eröben an, den Regierungen gegenüber die Bereitwilligkeit auszusprechen, für die Unterbeamten der Reichspost- und Telegraphenverwaltung Gehaltsbezüge von 1000 bis 1600 Mark zu bewilligen. Staatssekretär Kraetke erklärte, für die Unterbeamten stehe eine ansehnliche Zulage an Wohnungsgeldern in nächster Zeit in Aussicht.

Amnestie in Hessen. Die „Darmstädter Zeitung“ veröffentlicht einen Gnadenakt des Großherzogs anlässlich seiner bevorstehenden Vermählung für alle diejenigen Personen, die im Großherzogtum durch Strafbefehl und Strafbefehl oder ein bei den bürgerlichen Gerichten erlangenes Urteil zu Gefängnis, Festungshaft oder Geldstrafe wegen Verletzung der Staatsbedienungs- u. s. w. nach den §§ 95, 97, 99 oder 101 des Strafgesetzbuches, wegen wörtlicher Beleidigung von Behörden usw., wegen Ruwiderrhandlungen gegen die Bestimmungen des Forst- und Feldstrafrechtes sowie wegen Uebertretungen verurteilt sind. Der Erlass findet nur auf solche Strafen Anwendung, die spätestens mit Ablauf des 2. Februar 1905 rechtskräftig geworden sind oder werden.

Die städtische Arbeitslosenunterstützung in München wurde bis jetzt von 2448 Verheirateten und 1420 ledigen in Anspruch genommen. Diese Zahlen wären weit größer, wenn nicht die Vorkehrung bestände, daß nur solche Personen die Unterstützung erhalten, die mitschuldig sind seit 1. Juli v. J. ununterbrochen in München wohnen. Die Verteilung der Unterstützungen durch Gewerkschaftsbelegierte hat sich vorzüglich bewährt, dagegen hat in der Hauptstelle des Arbeitsamtes durchaus nicht alles geklappt. Hätten dort unsere Gewerkschaftsbeamten nicht rechtzeitig eingegriffen, so hätte es, das geben auch bürgerliche Mitglieder der Gemeindeverwaltung an, ein vollständiges Fiasko gegeben. Durch die öffentlichen Sammlungen sind bisher 42.000 Mk. beschafft worden, so daß mit den Zuschüssen der Stadt und des Hilfsfonds insgesamt 77.000 Mk. zur Verfügung stehen. An die Verheirateten sollen in den nächsten Tagen 2000 Paib Brot verteilt werden.

Ausland.

Das Wahlfieber in Ungarn. Noch niemals würdellugarn so vom Wahlfieber ergriffen, wie bei den diesmaligen Wahlvorbereitungen. Zur Aufrechterhaltung der Ordnung bei den am Donnerstag beginnenden Wahlen werden außer den normal im Bereiche der Stefanskronen stationierten Truppen 60 Bataillone Infanterie und etwa 30 Eskadronen Kavallerie zur Verwendung kommen. Soweit Voraussetzungen möglich sind, werden die vereinigten Oppositionsparteien ungeschwächt ins Parlament eingehen und die Regierungspartei in Wahlkreisen mit nicht-ungarischer Bevölkerung etwa ein Dutzend Mandate verlieren. Jedenfalls ist der Appell Liszts an die Nation schon heute als vergeblich zu bezeichnen.

Die ungarischen Wahlen. Von den Wahlen sind bisher 114 Wahlergebnisse bekannt. Gewählt wurden: 51 Liberale, 40 Konservativpartei, 13 Dissidenten, 6 Sozialpartei, 2 Wilde. Von den bekannten Kandidaten sind gewählt: Graf Albert Apponyi, Graf Alexander Karolyi (Dissident), Gullner (Konservativpartei), Franz Kossuth, Graf Johann Habs (Dissident), Ballasar Semsey (Dissident), Alexander Lonyai (lib.), der frühere Handelsminister Ludwig Lang (lib.), Graf Ludwig Walthay (Dissident), Moriz Lival (lib.), Wejt (lib.), Karl Reiszler (lib.).

Demission des spanischen Ministeriums. Das gesamte Ministerium gab seine Entlassung. Der König beauftragte, nachdem er mit den hervorragendsten Persönlichkeiten aller politischen Parteien Rücksprache genommen hatte, Villaverde mit der Neubildung des Ministeriums.

Partei-Angelegenheiten.

Preßprozess. Die Strafkammer in Dresden verurteilte den Genossen Düvel von der Arbeiterzeitung wegen Beleidigung des bayerischen Ministerkorps zu vier Monaten Gefängnis. Bei der Stabverordnetenwahl in Braunschweig, die am Mittwoch stattfand, sind drei Sozialdemokraten gewählt worden. Nur ein einziger unserer Kandidaten ist unterlegen. Es herrscht bei den Braunschweiger Genossen große Freude über den schönen Sieg.

Lokales und Provinzielles.

Dresden, den 27. Januar.

Ein Konflikt der Regierung zu Breslau, erhoben zu Gunsten des Landrats Freiherrn v. Schudmann zu Steinau a. O. hat jetzt das Ober-Verwaltungsgericht be- schlossen. Man schreibt uns darüber aus Berlin:

Der Vorsitzende Jellisch im Kreisrat bei Steinau, der Mit- glied des Kreislandtags war, dem Kreisrat und der Landwirt- schaftskammer angehört, hatte anlässlich der Wasserknot im Jahre 1903 sich in Gesellschaft anderer Herren zu dem Sekretär des Landrats über die Abwesenheit des Landrats während der Hochwasserzeit kritisch ausgesprochen. Am selben Tage lehnte nun der Landrat von Schudmann, seinen Sommerurlaub unterbrechend, von einer Hoch- tour in den Alpen zurück. Den Tag darauf fand Sitzung des Kreis- landtags statt, bei der die Abwesenheit des Landrats während der Hochwasserzeit kritisch ausgesprochen wurde. Der Landrat von Schudmann, seinen Sommerurlaub unterbrechend, von einer Hoch- tour in den Alpen zurück. Den Tag darauf fand Sitzung des Kreis- landtags statt, bei der die Abwesenheit des Landrats während der Hochwasserzeit kritisch ausgesprochen wurde. Der Landrat von Schudmann, seinen Sommerurlaub unterbrechend, von einer Hoch- tour in den Alpen zurück. Den Tag darauf fand Sitzung des Kreis- landtags statt, bei der die Abwesenheit des Landrats während der Hochwasserzeit kritisch ausgesprochen wurde.

Der Jellisch klagte dann gegen den Landrat wegen mehrfacher schwerer Beleidigung, die er in der Rede und dem Brief des Land- rats wie in dem unter dessen Mitwirkung zustande gekommenen Kreislandtag findet.

Die Regierung zu Breslau erhob aber den Konflikt, indem sie die Einstellung des Verfahrens verlangte, weil sich der Landrat in den Grenzen seiner Amtsbefugnisse gehalten habe. Hierüber mußte nun das Ober-Verwaltungsgericht entscheiden. Herr Jellisch legte be- sonders Gewicht auf den Beschluß des Kreislandtags und betonte, daß die 500 Mark lediglich Provision für die Verkaufsvermittlung gewesen seien und mit der Hypothek und deren Verschaffung nichts, auch kein Garantie zu tun hätten, jedoch ihm, als dem damaligen Kurator der Kreisparlamente, kein Amtsvergehen zur Last fallen. Beugen würden das feststellen können.

Das Ober-Verwaltungsgericht erklärte den Konflikt der Regierung in allen drei Punkten für unbegründet, so daß dem Verfahren gegen den Landrat Fortgang zu geben ist.

Bezüglich wurde u. a. ausgeführt: Der Landrat hätte aller- dings einer unberechtigten Kritik seines Verhaltens entgegen treten können. Er sei aber über seine Amtsbefugnisse hinaus- gegangen, indem er die Worte „nicht entblödet“ mit Bezug auf J. gebraucht habe. Nach dem allgemeinen Sprachgebrauch ließe dies gleich dem nur wenig schärferen „verfressen“. Einen solchen absolut beleidigenden Vorwurf durfte der Landrat Herrn J. nicht machen. Auch in dem Brief sei der Landrat über die Grenzen der Abwehr hinausgegangen, indem er sich auf eine Kritik des Charakters des Klägers eingelassen und erklärt habe, er habe jedes Vertrauen zu J. verloren. Ferner sei jener unter Mitwirkung des Landrats zustande gekommenen Beschluß des Kreislandtags nicht anerkennend, sondern als unzulässig. Der Kreislandtag hätte sich höchstens direkt an den Regierungspräsidenten wenden können und hätte es diesem überlassen müssen, ob er ein Disziplinar- verfahren gegen J. einzuleiten wolle. Der Kreislandtag sei auch nicht befugt, J. anzufordern, seine Ämter im Kreisrat und in der Landwirtschaftskammer niederzulegen. Nicht einmal der Kreisrat selbst noch die Landwirtschaftskammer wären befugt gewesen, solche Beschlüsse zu fassen. Der Kreislandtag habe nach allen Richtungen seine Befugnisse überschritten und an der Ueberbreitung habe sich der Landrat beteiligt, da er mitgewirkt und seine Unterschrift zu dem Beschlusse gegeben habe. Somit sei dem Strafverfahren gegen den Landrat Folge zu geben.

Das ist zwar ein seltener aber höchst aner kennenswerter Beschluß des Oberverwaltungsgerichts. In der Regel ent- zieht man die Beamten jeglicher strafrechtlichen Haftbarkeit für ihre Worte, indem man dem Kompetenz-Konflikt stattgibt.

*** Die Steuer pro 1905.** Im Steuerjahre 1905 sollen in Breslau erhoben werden: 140 Prozent Zuschlag zur Staatseinkommensteuer als -Gemeindeeinkommensteuer (gegen 150 Prozent im Vorjahre), 165 Prozent der staatlich veranlagten Gewerbesteuer (gegen 176 Prozent) und die Gemeindegrundsteuer in Höhe von 29/10 pro Mille des gemeinen Wertes der Grundstücke (39/10). - Diese Herab- setzung ist unserer Meinung nach völlig überflüssig. Man sollte lieber den bisherigen Satz weiter erheben und dafür die Fleischsteuer aufheben. Aber dafür ist bei der Dreiklassen-Stadtvertretung keine Stimmung zu erwarten.

*** Kaisers-Geburtstagskandale** hat es auch an- läßlich des gestrigen Zapfenstreiches wieder gegeben. W- r-hand Wolf, das bei jedem Anlauf dabei ist, nahm die Ge- legenheit wahr, um das übliche Mletria zu treiben. Darüber sind die patriotischen Bürger natürlich außer sich. Wir nicht. Den Gemerkchaften wird ein Umzug ständig verboten aus Furcht vor Ordnungstörung. Warum soll das bischen Ordnung denn gerade bei dem Zapfenstreich aufrecht erhalten bleiben?

*** Proletariats Tob.** Der obdachlose Arbeiter, der in der Nacht zum 25. d. M. in dem Neubau Rosentalerstraße 8 neben dem S-Bahnhof schlaflos aufgefunden worden ist, ist der Kohlengas- vergiftung im Allerheiligen-Hospital erlegen.

*** Bei der Geburt verstorben.** Die 40 Jahre alte Arbeiter- Witwe Elisabeth Freuler, welche im Seitenhaus des Grundstückes Friedrich Wilhelmstraße 74 wohnte, war seit etwa 14 Tagen nicht mehr gesehen worden, so daß die Vermutung nahe lag, es sei ihr ein Unglück zugestoßen. Um festzustellen, ob sie sich in ihrer Wohnung befände, wurde diese am 25. d. M., Nachmittags, in Gegenwart der Polizei durch einen Schloffer geöffnet. Die Frau lag tot am Boden und neben ihr ein neugeborenes totes Kind. Ein Arzt stellte fest, daß sich die Frau beim Geburtsakt verblutet hat. Die Leichen wurden in die Anatomie geschafft.

*** Vermittelt wird** seit dem 17. d. Mts. der 48 Jahre alte frühere Gutshausbesitzer Buchal, welcher Fleischlaustraße 1b ge- wohnt hat. Er ist u. a. mit grauem Rodanzug und schwarzem Oranienberggürtel bekleidet.

*** Unglücksfälle.** Einem Maschinenarbeiter wurde in einer Fabrik auf der Bognerstraße durch die Ab- schleifmaschine die linke Hand zerschlagen. Er fand im Wenzel Handwichen-Krankenhause Aufnahme. Ein Himmereffekt rief sich auf der Hälftenstraße beim Weiterabladen beide Hände. Er begab sich in das Krankenhaus Döhlitz.

Ein bedauerlicher Schadenbrand entstand infolge von Fahrlässigkeit beim Abfüllen von Petroleum gefüllten Behältern gegen 11 Uhr in dem Grundstück Poststraße 18. In kurzer Zeit stand der Laden in Flammen. Mehrere Regale mit Inhalt verbrannten, auch fielen die Gaslaternen nieder, nachdem die Pfeiler durchgebrannt waren. Infolge der Glut gesprangen eine große Schanzenfischerbebe und mehrere andere Scheiben. Das Feuer sprang auch nach dem Lagerkeller über, wo mehrere Kisten mit Petroleum laagerten. Die Feuerwehr griff noch rechtzeitig ein und beseitigte jede weitere Gefahr. Ein Monteur erlitt bei Ausbruch des Brandes Verletzungen, so daß er ärztliche Hilfe nachsuchen mußte.

Gestohlen wurden einem Bootsmann in einer Restauration ein Portemonnaie mit 60 M., einem Lokomotivführer von der Wpeltwitzerstraße aus einem Stall 21 Kaninchen, einem Stellmacher- gesellen durch eine weibliche Person eine Silberne Remontuhr, Nr. 16,110, und einem Restaurateur vom Weidenbäum ein Stuhl- schiffchen. - Verhaftet wurde ein Arbeiter, der aus einem Neubau ein Paar Wamansen gestohlen hatte. - In einem Geschäft auf der Vorwerkstraße hat vor mehreren Tagen eine unbekannt Person eine Anzahl Vorküchenschüsseln, Folien und dergleichen entzogen, jedoch noch nicht abgeholt. Anscheinend rühren diese Sachen von einem Diebstahl her.

Gestohlen wurden aus einem Keller auf der Dpitzstraße fünf Rentner Kohlen, einem Handelsmann von der Antonienstraße eine Dezimal-Drückwaage.

Mitteilungen aus den Gewerkschaften.

*** Achtung, Arbeiter!** Die Lohnunterschiede in der Bauwirtschaft von Kobier u. Wohl sind noch immer nicht beseitigt. Der Tarifbruch muß energisch bekämpft werden, daher ersuchen wir alle Bauarbeiter, den Bezug streng fernzuhalten. Die auf der Lemalstraße postierten Polizei- Beamten haben dann nicht nötig, Arbeitswillige zu schüßen. Die Meister versuchen, in anderen Werkstätten die liegen gelassenen Arbeiten fertig zu stellen. Wir werden darüber noch näheres berichten.

Die Lokalverwaltung.

Sirshberg, den 26. Januar. Gegen die Laten der Grubenbarone im Ruhrrevier findet in Cunnerdort Sonntag Nachmittag Punkt 3 1/2 Uhr eine öffentliche Volksver- sammlung statt, zu der auch die Christlichen und Hirsch-Dunder'schen Arbeiter einbezogen werden. Referent H. Genosse Redakteur Robert Albert-Breslau.

Kattowitz, 27. Januar. Eine Volksversammlung in welcher Genosse Julius Bruch über den „Mieses Streik der Ruhrbergleute“ besonders auch vom politischen Stand- punkte aus referieren wird, tagt hier am nächsten Sonntag, den 29. d. M., Nachmittags 4 Uhr, im Gewerkschaftshaus.

Im Sozialdemokratischen Verein wird Genosse Bruch nächsten Dienstag, den 31. d. M., Abends, über „Die Revolution in Rußland“ sprechen. Das hochaktuelle Thema wird gewiß nicht nur alle Mitglieder, sondern auch zahlreiche Gäste, die freien Eintritt haben, in diese Versammlung führen.

Kattowitz, 27. Januar. 800 Mark Belohnung. Die Eisenbahnverwaltung hat eine Belohnung von 800 Mark für die Ermittlung des Täters ausgesetzt, der am 22. Dezember vorigen Jahres, Abends gegen 7 Uhr, zwischen Latischan und Laband vor Durchfahrt des Personenzuges 277 und des Güterzuges 6290 auf beide Gleise Schwellen in der Abicht gelegt hat, die Folge zur Entgleisung zu bringen. Der Unfug wurde damals rechtzeitig be- merkt, so daß ein großes Unglück auf der verkehrsreichen Strecke vermieden worden ist.

Die Genickschüsse, die schon schon seit längerer Zeit in Königschütze und im Landkreise Dentzen grassiert, hat, offizieller Meldung zufolge, jetzt auch das Stadtbiet Dentzen er- griffen. Bis jetzt sind fünf Fälle von Genickschüssen konstatiert worden. Um der Verbreitung vorzubeugen, sind seitens der Polizei die un- gangbarsten Vorsichtsmaßregeln getroffen worden. Auch im Kreise Kattowitz ist die Krankheit konstatiert worden. Ans Anlaß eines in Balenze tödlich verlaufenden Falles, sowie auch mit Rücksicht auf das besonders zahlreiche Auftreten von Erkrankungen und Todesfällen in Königschütze, Kreis Dentzen, hat die Polizeiverwaltung von Kattowitz eine Bekanntmachung betreffend vorortige Anzeige aller Fälle erlassen. Darin heißt es u. a.:

„Alle Familienhäupter, Haus- und Gastwirte und Medizinal- personen sind schuldig, von den in ihrer Familie, ihrem Hause und ihrer Praxis vorkommenden Erkrankungen von Genickschüssen, sowie von plötzlich einsetzenden Erkrankungen und Todesfällen der Polizeibehörde umgehend schriftlich oder mündlich Anzeige zu machen. Bei verdächtigen Todesfällen darf die Beerdigung nur nach erhaltener Erlaubnis der Polizeibehörde stattfinden. Derselben Verpflichtungen zur Anzeige usw. liegen auch den Geistlichen ob, sobald sie von dergleichen Fällen Kenntnis erlangen. Die erkrankten Personen sind, soweit als tunlich, von anderen abgefordert zu halten. Kinder aus einem Hause, in welchem ein Fall jener Krankheit sich ereignet, sind vom Schulbesuch fernzuhalten.“

In Rosdgin sind Erkrankungen an Flecktyphus kon- statiert worden. Zwei dieser Kranken sind bereits in die Gemeinde- Baracke geschafft worden. - Auch in der Umgegend der Gattowitzer- Freund und Krämer dafelbst sind einige Typhusfälle vorgekommen. Auf Anordnung der Polizei ist daher die Abhaltung von öffentlichen Versammlungen bei den genannten Gastwirten bis auf unbestimmte Zeit untersagt worden.

Neustadt OS., 26. Januar. Für die Streikenden im Ruhrrevier gingen bisher ein auf Liste Nr. I 5.15 M., II 2.00 M., IV 4.80 M., VIII 2.15 M., IX 4.00 M., X 2.15 M., XI 4.15 M., XII 1.55 M., XIII 3.65 M., XIV 6.20 M., XV 1.75 M., XVI 3.30 M., Summa 47.35 M. Vorsitzender Berg wurde dem Parteikassierer übersandt. Die noch ausstehenden Listen sind bis Sonntag den 29. d. M. an den Vor- sitzenden des Wahlvereins abzugeben.

Eine öffentliche Parteiversammlung findet Sonntag, den 29. d. M., Nachmittags 4 Uhr, im Lokal des Arbeiter- Kasinos vereins statt. Tagesordnung: 1. Vortrag des Gen. Oskar Schütz-Breslau. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Den Gegnern, deren Erscheinen erwünscht, wird in der Diskussion volle Redefreiheit zugesichert.

Aus der Provinz Posen.

*** Der Gattenmordprozess.** In der Mittwochsung be- handelte Schneidermeister Drachowski aus Inbemis, die Angeklagte, die seine Kambin gewesen, habe öfters in seiner Wohnung Briefe ge- schrieben - angeblich an ihren Bruder. Die Akte lautete darin: „Mein Stanislaus!“ und der Adressat hieß Kossenski. - Die An- geklagte erklärt das alles für Lüge. - Die Mittagsglocke läutet tritt aber sofort vor und bemerkt: „Das ist alles schon richtig.“ - Die Niessfrau Kuschna aus Gnesen behauptet, daß Kossenski mit der Pawlak zum „Wissionsfest“ nach Gnesen gekommen und daß das Paar bei ihr zwei Nächte in einem Bettie genächtigt habe. Ein andermal sei die Pawlak allein zu ihr gekommen und wurde sch- nymäßig. Nachdem sie sich wieder erholt, sagte sie, daß sie sich so sehr über ihren Mann geärgert habe und erzählte weiter, daß ihr ein Schneiderin geraten habe, ihren Mann durch Pilze zu vergiften. wovon sie, Beugin, ihr aber abgeraten habe. Auch habe die Pawlak ein andermal erzählt, daß sie von Kossenski in anderen Umständen sei und daß ihr eine Schneiderin ein Mittel dagegen gegeben habe.

Unter Tränen erklärt die Pawlak auch diese Aussagen als wahr. - Im weiteren wird durch Beugin festgestellt, daß Kossenski ein Dorf-Deu von Inan ist, der neben der Pawlak noch andere intime Beziehungen mit Frauen und Mädchen unterhalte. - Der Gastwirt Lehner aus Markwin behauptet, ein Junge habe bei ihm für Pawlak Wein holen müssen, und zwar zwei Flaschen guten, süßen Ungarwein, die Flasche zu 2,50 Mark. Anderen Tages sei Pawlak zu ihm gekommen mit schweren Klagen über den schlechten Wein, nach dessen Genuss er schmerzhaft erbrochen habe. Der Wein auf dem Fußboden, wo das Gefäß war, habe sich gar nicht wegnehmen lassen. Kossenski aber, der mitgetrunken habe, sei merkwürdigerweise nichts passiert, jeder von ihnen beiden habe aber seine eigene Flasche geleert. - Beugin Schornsteinkehrerfrau Kramatz: Die Probowitz habe ihr erzählt, daß die Pawlak ihrem Ehemann immer Sympotien- gen Spiritus, verkräft durch Ervaller, vorsetze, den Pawlak für Cognac trank. - Angeklagte: Davon höre ich hier zum ersten Mal. - Beugin Frau Elisabeth Gmka, die Kossenski's Gmka: Einmal sei Kossenski mitkommen. Beugin erinnert sich nicht mehr, was die Karten geberete. - Vorsitzender: Wollte Frau Pawlak nicht immer wissen, ob ihr Mann noch lange leben werde? - Beugin: Nein, ich erinnere mich nicht. - Vorsitzender: Sollten Sie ihr nicht Gift beschaffen? - Beugin: Ja, Kattowitz, weil die Kattowitz immer ins Bettie kämen. - Der Bruder der Angeklagten Pawlak, Probstpächter Wolniowicz, erklärt, aber sein Zeugnisverweigerungsrecht behält, wenn ich nicht durchaus anfragen muß, dann will ich das Geheimnis für mich behalten. - Auch einige andere Verwandte verweigern das Zeugnis.

Kleine provinzielle Nachrichten.

Selbstmord verübte Mittwoch ein aus Schmeideberg gebürtiger Jäger der 4. Kompanie des Sirshberger Bataillons, indem er sich beim Mahneinschnitt am Fuße des Ostlindbergs unter einem der letzten Wagen des nach Reibnitz zu passierenden Güterzuges warf. Er war sofort tot, der Kopf war völlig zertrümmert. Er diente bereits im zweiten Jahre. - Die evangelische Kirche in Biesch, ein prächtiger Kolofobau, ist abgebrannt. Das Feuer entzündete im Glockenturm und verbreitete sich bald über das ganze Dach. Es gelang nicht, die Kirche zu retten. - Dienstag Abend begab sich der Arbeiter Hermann Stod in Rawitsch in betrunkenem Zustande nach seiner in der Vor- stadt Biegelberg gelegenen Wohnung. Dabei mußte er auch den Bahn- steigung der Vieguitz-Rawitscher Eisenbahn überqueren. Das Räder- werk der Lokomotive scheint er überhört zu haben, denn der um 9 1/2 Uhr vom Staatsbahnboie nach dem Bahnhof Rawitsch-Dü- labrende Personenzug überfuhr den Unglücklichen. Der Körper wurde schrecklich verwickelt. - Der Oberprimarier Gymnasium aus Biffa, welcher vor dem Abiturium stand, wurde wegen moralischer Unreife vom Abiturientenexamen auf ein Jahr zurückgestellt. Dies veranlaßte den jungen Mann, seinem Leben ein Ende zu bereiten. Er ließ sich von dem nach Graustadt abgehenden Personenzug über- fahren.

Für die streikenden Bergleute im Ruhrrevier gingen ein

Bei der Redaktion der „Volkswacht“:	Bereits quittiert	818,97 M.
Ungenannt.	20.-	
Dölar Sch.	3.-	
Dölar S.	3.-	
P. L.	3.-	
Fr. M.	3.-	
H. R.	3.-	
R. A.	3.-	
Summa	856,97 M.	

Beim Parteivertrauensmann in Schweidnitz: Liste Nr. 107 von Genossen auf dem Lande 3. Kl. 5 M., 125 R. 10.05 M., 129 Fr. 8.9 M., 136 S. Sch. 3.20 M., 141 R. 3.45 M., 142 Fr. 8.275 M., vom Deutschen Metallarbeiter-Verbande, Zahlstelle Schweidnitz 15 M., bereits quittiert 95.05 M., in Summa 143.50 M.

Verichtigung. In der Quittung in Nr. 20 soll es heißen: Auf Liste der Zahl- stelle Zabrze des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes durch Winkler ge- sammelt 11.50 M.

Neueste Nachrichten. Die Revolution in Rußland.

Zum Zaren begab sich am Mittwoch, wie dem „Berl. Tagebl.“ aus Petersburg telegraphiert wird, der Herzog von Leuchtenberg nach Zarsoje-Selo und erbatte ihm einen vertraulichen, wahrheitsgetreuen Bericht über die fürchtbaren Vorgänge. Der Zar soll völlig schlaflos gewesen sein. Wohl hieraufhin erfolgte schon gestern die Freilassung von mehreren Verhafteten.

Wieder einer, der knieft. Großfürst Sergius in Moskau hat seine frühere Wohnung ver- lassen und ist seiner Sicherheit wegen in den Kremel übergesiedelt.

Nachrichten aus Moskau. In den Verhältnissen der Moskauer-Rosanschen Eisenbahn wurde auf Station Terowow heute die Arbeit eingestellt. Wie verlautet, steht ein Ausfall in den Moskauer Tramwayverhältnissen bevor. In der Gasmastadt wird wieder gearbeitet und auch dort, wo Maßnahmen zum Schutze der Arbeiter getroffen sind, wird weiter gearbeitet. Infolgedessen hatten viele große Fabriken den Betrieb aufrecht, doch verzögert sich der Umfang des Ausfalls. In allgemeinen herrscht Ruhe in der Stadt, nur im Auslandsgebiet ist ein lebhafterer Wagenverkehr bemerkbar. Heute sind drei Zeitungen nicht erschienen, morgen wird eine weitere, die „Russkaja Prawda“ nicht erscheinen. Aus Kwanow im Moskauer-Kreisbezirk ist die Nachricht eingetroffen, daß in den dortigen Fabriken heute die Auslandsbewegung der Arbeiter begonnen habe.

Eine aus 2000 Köpfen bestehende Volksmenge in Derpat veranlaßte heute eine gegen die Regierung gerichtete Kundgebung. Die Manifestanten warfen die Fenster des Polizeiamts ein, wurden aber von der Polizei zerstreut. Auch Franen nahmen an der Kundgebung teil.

Zusammenstoß in Riga. Ueber den Anlaß zu dem blutigen Zusammenstoß in Riga melden Londoner Blätter: Die streikenden Arbeiter der Fabrik von Kuznetow wollten über die Eisene Brücke marschieren, aber der Weg war durch die Truppen abgeperrt. Die Streikenden versuchten nun, den Soldaten Widerstand zu leisten, worauf diese feuerten. Mehrere Salven wurden auf die dicht gedrängten Massen abgegeben.

Zustand in Südrussland. Die Stimmung in der Stadt Kiew ist erregt. Es verlautet, daß am 29. Januar ein allgemeiner Arbeiterausfall prokla- miert werden wird. Die Bewohner der Stadt versorgen sich mit Vorräten an Mehl, Brot, Petroleum; infolgedessen ist der Handel in der Stadt sehr lebhaft. Seit Mittwoch wird der Wasserstrom von einer Kompanie Infanterie bewacht. Die Fabriken haben die Arbeit eingestellt.

Meteorologische Beobachtungen

Januar 26., 27.	Nachm. 2 Uhr.	Abends 9 Uhr.	Morg. 7 Uhr.
Luftwärme (C.)	+1,4	-1,1	-4,4
Luftdruck bei 0° (mm)	761,2	758,7	759,4
Dunstdruck (mm)	4,2	2,6	2,5
Niederschlag (pCt.)	83	61	77
Wind (0-12)	WS 5	WS 4	WS 4
Wetter	wolkig.	bewölkt.	bewölkt.

Landesamtliche Nachrichten.

Don 26. Januar.

Todesfälle. II. Vorkaufmännin Frau Luise Bichte, geb. Weibel, 62 J. — Hedwig, T. des Maschinenführers Paul Hermann, 4 Mon. — Schuhmachergeselle Friedrich Böbe, 40 J. — Herbert, S. des Arbeiters Gustav Winkler, 3 Mon. — Schneiderin Martha Jüttner, 25 J. — Maria, T. des Arbeiters Julius Klose, 4 Mon. — Helene Freira von Amstetter-Bierbach und Grabenel, 62 J. — Krankenlaffers-Kontrollleur Anton Böhl, 52 J. — Anstreicher Julius Benisch, 62 J. — Radmeißter Friedrich Guttwein, 47 J. — Baumwollenspinnere Adele Gewiese, geb. Weder, 66 J. — Schneidermeisterswitwe Johanna Reichelt geb. Wotschel, 94 J. — Weichenkeller Wilhelm Marr, 65 J. — Fräulein Arbeiterin Marie Ansel, 70 J. — Stellmachergeselle Karl Klose, 57 J. — Adolf, S. des Arbeiters Ernst Vogel, 15 Tage. — Arbeiterswitwe Susanna Schneider, geb. Triebel, 69 J. — Lehrer Josef Böhl, 94 J. — Partikulier Albert Düsch (Düschl), 66 J. — Schuhmachergeselle Paul Wuttke, 49 J. — Frieda, T. des Arbeiters Gustav Spalder, 3 J. — Diakonissen August Ripert, 1 J. — III. Margarete, T. des Schuhmachers Bielowski, 8 Mon. — Stenografenswitwe Rosa Ringelblat, geb. Wangel, 59 J. — Erma, T. des Fleischers Hermann Kluge, 8 Tage. — Katharina, T. des Schuhmanns Gustav Gabert, 7 Mon. — Kaufmann Oscar Pentzschel, 63 J.

Briefkasten.

Bromberg. Derartige unrichtige Mitteilungen sind für ein politisches Blatt nicht geeignet.

Versammlungen und Vereine.

Breslau.

Gewerkschaftshaus.

Sonntag, den 28. Januar: Lederer-Verband. Maskenfest „Im Orient“ im großen Saale. Zimmerer. Jeden Sonntagabend. Abends.

Sonntag, den 29. Januar: Arbeiter-Gewerkschaft. Vormittags 11 Uhr. Übungsstunde. Zimmer Nr. 2. Dienstag, den 31. Januar: Freie Turnerschaft. Abends 8 Uhr: General-Versammlung. Zimmer Nr. 2. Sonntag, den 5. Februar: „Freie Turnerschaft“. Maskenball. Ein Zigeunerlager im „Gewerkschaftshaus“. Anfang 5 Uhr. Mitteilungen der Distrikts- und Bezirksführer des Sozialdemokratischen Vereins: Distrikt I (Größtenteils Vorkab). Bezirke 6 und 7. Sonnabend Abend im bekannten Lokal. Alle erscheinen. Die Distriktsführer. Bezirk 190. Sonntag, den 29. Januar, Nachmittags 1 1/2 Uhr: Zusammenkunft. Der Bezirksführer. Distrikt II (Mittels-Vorkab und Mispelwitz). Bezirk 24. Freitag, den 27. Januar, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft im bekannten Lokal. Mitgliedsbücher sind mitzubringen. Um zahlreiches Erscheinen ersucht. Der Bezirksführer. Distrikt III (Ober-Vorkab). Bezirke 35 u. 37. Sonnabend, den 28. Januar, Abends 8 1/2 Uhr: Abends in dem bekannten Lokal. Leitung der Bezirke. Wahl der Bezirksführer. Um vollständiges Erscheinen ersuchen. Die Bezirksführer. Bezirk Oßlich. Sonntag, den 29. Januar, Vormittags 10 Uhr: Zusammenkunft sämtlicher Mitglieder im bekannten Lokal. Wegen wichtiger Angelegenheit bitte zahlreich zu erscheinen. Der Bezirksführer. Distrikt V (Scheitnig). Genossen, die sich am Sonntag an der „Volkswacht“-agitation beteiligen wollen, können am Sonntag von 7-9 Uhr Abends im Distriktslokal Material in Empfang nehmen. Der Distriktsführer. Distrikt VII (Zuvers Stadt). Die Abrechnung findet erst am 27. Januar st. Abrechnung vom Stiftungsfest. Mitgliedsbücher sind mitzubringen. Der Distriktsführer.

Freiburg. Wahlverein. Sonntag, den 29. Januar, Nachmittags 3 Uhr: Generalversammlung. Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht. Der Vorstand. Biegnitz. Die Bezirksführer werden ersucht, bis Sonntag, den 28. Januar, abzurechnen. Der Kassierer wird sich zu diesem Zweck Sonntag, den 29. Januar, Vormittags von 9-11 Uhr, im Gewerkschaftshaus aufhalten und ist später auch in seiner Wohnung, Gerichtsstraße Nr. 20, I, zu sprechen. R. Gebre. Hirschberg. Metallarbeiter. Sonnabend, den 28. Januar: Mitglieder-Versammlung in der „Andreaschenke“. Tagesordnung: Stellungnahme zum Bergarbeiterstreik und evtl. Beschluß eines Extrabeitrages. Abrechnung vom 4. Quartal und Beschluß. Gunnersdorf im Riesengeb. Große Volks-Versammlung. Sonntag, den 29. Januar, Nachmittags 3 1/2 Uhr, im Saale der „Andreaschenke“. Tagesordnung: Der Ausschuss der Bergleute im Ruhrgebiet. Referent: Redakteur Genosse Albers aus Breslau. Entree 10 Pf. Um rege Beteiligung ersucht. Der Einberufer. Dünzlau. Gewerkschafts-Kartell. Vorsitzender: Hermann Müller, Kollacherstraße Nr. 63, 2. Etage. Sonntag, den 29. Januar, Nachmittags 5 Uhr, im Gasthof „Zu den drei Kronen“. Lichtbilder-Vortrag von Herrn Laube-Keipig mit dem Thema: „Neue Nord- und Südpol-Erforschungen“. Eintrittskarten an der Kasse à 40 Pf., im Vorverkauf bei den Delegierten à 20 Pf. Der Vorstand. Dünzlau. Deutscher Holzarbeiter-Verband. (Nebenstelle Dünzlau). Sonnabend, den 28. Januar cr.: Feiern des 13. Stiftungsfestes im Saale zu den drei Kronen, bestehend aus Konzert, Theater und Ball. Hierzu ladet ergebenst ein Das Komitee. Briesg. Sozialdemokratischer Verein. Sonntag, den 29. Januar, Nachmittags 4 Uhr: Zusammenkunft. Die Teilnehmer von Parteimitgliedskarten sind freundlichst eingeladen. Der Vorstand. Kattowitz. Volks-Versammlung. Sonntag, den 29. Januar, Nachmittags 4 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“ Rathhausstraße 12. Tagesordnung: „Der Streik der Ruhrbergleute“. Referent: Julius Bruns. Freie Diskussion.

74 eigene Geschäfte.

Jährliche Fertigung weit über eine Million Paar.

1500 Arbeiter und Beamte.

Conrad Tack & Cie.

Deutschlands bedeutendste Schuhwaren-Fabriken Burg bei Magdeburg. Verkaufshaus Breslau: Rauschestr. No. 48.



Für die Damen der Halle!

Sehr chic!

Der Weltruf unserer Werke erstklassige Fabrikate.

Einige bewährte Qualitäten:

- Herrn-Tuch-Zugstiefel, m. Rindlack, 10 00
- besatz, 1a Filzfutter, Zwischensohle 10 00
- Herrn-Schnallentiefel, Filz m. L., der 7 80
- besatz, 1a Friesfütter, sehr warm 7 80
- Damen-Filz-Schnürstiefel, Filzfutter, 3 20
- mit Besatz, sehr bequem 5.40, 4.20
- Damen-Knopf- u. Schnürstiefel, feines 2 25
- Wildrosleder mit warmen Futter 2 25
- Mädchen- od. Knaben-Knopfstiefel, Filz 2 60
- mit Lederbes., warm gefüttert, 29/30 2 60
- Damen-Hausschuh, fein, weich, Leder, 3 00
- mit 1a Futter, 4.50, 3.30, 3 00
- Gummischuhe f. Herren, Damen u. Kinder,
- aus bester deutscher Fabrikat., u. Gummi.
- Damen-Ballschuhe, Gemsled., Schleife, 4 00
- H.A., ausgeschn. 2.90, m. Spang. 3.00 4 00



Neuheit!

Hoch aparte Form!

Stadt-Theater „Gasthof, Germania“ Polnitz. Sonntag, d. 29. Januar 1905.

Freitag: „Der Familientag.“ Sonnabend: „Das Schwalbensch.“

Chalia-Theater. Sonntagabend. Gruppe H. 2. Vorstellung: „Cornelius Bok.“

Gebrauchte Kleiderhändler. Sofas, Spiegel, Vertikals, Bettstellen, ganze Stuben-Einrichtung billig zu verkaufen. Friedrichstraße 61.

Kaufe gebrauchte Möbel, Kinderwagen, Federbetten, Eisenschränke, Hobelbänke gegen sofortige Zahlung. Garterstr. No. 36. Wahler.

Ich kaufe neue Kisten u. Polster-Möbel sowie fertige Tischlerarbeiten. Gartenstr. 36, Wahler.

Blau Maschinisten-Anzüge, waschecht u. dauerhaft. Arbeitshosen empfehle billigst. Gustav Knauerhase. Garkar Dehmel, Neumarkt 43, part. u. 1. Etg.

Breslauer Schuhwaren-Konsum. Matthiasstraße 8, „Im Orient“, in der Oberförsterei. Bestehe Segensworte für Schuhwaren vom einfachsten bis elegantesten Genre. Gediegenste Qualität. Konkursfreie Preise.

Zigarren! Bei Bedarf des Bedarfs von Zigarren und Zigaretten ersuche ich Freunde und Parteigenossen mein Zigarren-Spezialgeschäft zu beschäftigen. Oskar Hoffmann, 163. Rückseite Nr. 3, 2. Haus von der Oslauerstraße.

Achtung! Fabrikarbeiter u. Arbeiterinnen! Achtung! Sonntag, den 29. Januar, vorm. 10 Uhr im großen Saale des Gewerkschaftshauses, Margarethenstr. 17. Dessenl. Versammlung.

1. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in hiesigen Fabriken und wie sind dieselben zu bessern? Referent: Herr Arbeitersekretär Neukirch. 155. 2. Freie Aussprache. Kollegen und Kolleginnen! Zeigt, daß ihr gewillt seid, zur Verbesserung eurer wirtschaftlichen Lage beizutragen und erscheint in der Versammlung.

Genossen! Gewerkschaftler! Breslauer Schuhmacher-Genossenschaft. Schuhwaren-Lager für Herren, Damen und Kinder. Reparatur-Werkstatt. Auf Wunsch werden Reparaturen abgeholt und zugestellt. Büttnerstraße 7. — Friedrich-Wilhelmstraße 93. Scheitnigerstraße 22. Der Vorstand. Paul Theater. Paul Lange.

A. Franz Nachfl. H. Wiersing. Messergasse 11, am Neumarkt. Größtes Theater- und Masken-Garderoben-Verleih-Institut. Grosse Auswahl in Quadrillen-, historischen und Festzugs-Kostümen. 12275. Neu-Anfertigungen prompt und billigst. Telefon 7596. Theater-Bühne teilweise zur Verfügung.

Empfehle meiner werthen Kundenschaft für Mädchen u. Knaben Knopf-, Schnür- u. Zugstiefeln selbstgefertigte Ware, zu ganz soliden Preisen, billiger wie jede Konkurrenz, sowie Herren- u. Damen-Gamaschen in jeder Größe vorrätig. H. Christmann, Nr. 37, Scheitniger-Str. Nr. 37. Bitte genau auf die Firma zu achten.

Schiesswerder. Sonnabend, den 4. Februar 1905: Maskiertes und unmaskiertes.

Narren-Fest arrangiert von der „Liedertafel Treue“ (Breslauer Holzarbeiter). 162. Ausführung des Festspiels: Leben und Treiben der Magyaren große Pantomime mit Original-Szenen und National-Tänzen. Eintrittskarten: durch Mitglieder bezogen à Person 50 Pf. durch Plakat sonstige Kommanditen „ 60 „ an der Kasse „ 75 „ Es ladet freundlichst ein Der Fest-Ausschuss.

Breslauer Gewerkschaftshaus. Margarethenstr. 17. Sonntag, den 5. Februar cr. Großer MASKEN-BALL (maskiert und unmaskiert) darstellend. Ein Zigeunerlager arrangiert von der Freien Turnerschaft Breslau.

Am Fuße der Berge: Tänze und Reigen von Zigeunern und Zigeunerinnen, Gaukler, Pferde- und Kanthier-Dressure, Wahrsagerinnen, Luftgymnastiker, Seiltänzer u. s. w. Einlass 4 Uhr. Anfang 5 Uhr. Ende? Entree inkl. Saugl. Herren 50 Pf., an der Kasse 75 Pf., Damen 40 Pf., an der Kasse 50 Pf., Galerie-Billets 30 Pf. Eintrittskarten sind bei den Mitgliedern, im Gewerkschaftshaus und in der „Volkswacht“-Expedition zu haben. Um recht zahlreichen Besuch bitten. Das Vergnügungskomitee.

Michelwitz bei Briesg. Arbeiter-Familien-Kränzchen bei Herrn Gastwirt Langwitz. Es ladet ein Das Komitee.

Deutscher Reichstag.

128. Sitzung. Donnerstag, den 26. Januar 1905, Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratlich: Graf Vosabowsky, Kracke.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gibt Staatssekretär Graf Vosabowsky die Erklärung ab, daß der vierjährige Handelsvertrag am Mittwoch Abend an den Vollmächtierten beider Mächte unterzeichnet worden ist. (Bravo!) Der Bundesrat wird seine Beratungen so beschleunigen, daß die sieben Handelsverträge wohl am 1. Februar dem Hause zugehen werden. Damit dürfte die Interpellation v. Normann vorläufig erledigt sein.

Die zweite Lesung des Postetats wird fortgesetzt.

Abg. Dove (freisinnige Vereinigung):

Kollege Erzberger hält die deutsche Postverwaltung für die beste der Welt; ohne ihre irgendwie zu nahe treten zu wollen, muß ich doch sagen, daß ich andere Postverwaltungen kenne, die ebenso ausgezeichnete Leistungen mit etwas weniger bürokratischer Schwerefälligkeit aufweisen. Es ist der Vorzug des allgemeinen Wahlrechts, daß es sozialpolitisch der Weisheit unter den Parteien erzeugt; aber die Sozialpolitik darf doch nicht aufhören, wo das Wahlrecht aufhört. Der sozialpolitische Eifer des Abg. Böcker hört allerdings beim männlichen Geschlechte auf (weiterle); er würgelt an den angebl. zu hohen Bezügen der weiblichen Postbeamten; das strapaziert mich um so mehr als doch gerade die Antifeministen fortwährend auf die sittlichen Gefahren hinweisen, die den weiblichen Angestellten der Post auszu gehen zu geringer Entlohnung erwachsen. (Sehr laut links.) Im allgemeinen stimmen wir bei den Beschlüssen der Kommission bei; aber in die Absicht, der Verbesserung am Sonntag können wir nicht zustimmen. Kollege Erzberger ist wohl der erste Mensch, der sich beschwert hat, daß der Geldbote zu ihm gekommen ist. (Weiterle.) Die Klagen der Polen sind nur teilweise berechtigt; eine gewisse Neigung zu Adressenverweigerung scheint allerdings in polnischen Kreisen vorhanden zu sein; besonders machen sich die Polen das etwas kindliche Vergnügen, lange Titulaturen auf das Kuvert zu schreiben. Uebrigens kauft auch die Deutschen nicht gerade mit Titeln; es wäre ja auch ein Unglück, gar nicht auszumalen, wenn einmal ein leibhaftiger Wirklicher Geheimrat mit dem einfachen „Herr“ auf der Briefadresse bezeichnet wird. (Große Heiterkeit.) Die 120,000 Mark verlangter Dinarzulage können wir nicht bewilligen; sie werden mit „Notlage“ einzelner Beamten begründet; heute sind alle notleidend, die etwas haben wollen. (Sehr laut bei den Freis.) Bekner regt ab und nach rechts über verkehrstechnische Verbesserungen an und fordert die Ausdehnung des Stadtpostverkehrs auf den Verkehr zwischen Berlin und Großlichterfelde. (Beifall bei den Freis.)

Abg. Lipinski (Soz.):

Der Kollege Trimborn hat Recht: Der Anbruch an Vorabenden vor den Feiertagen ist für die Postbeamten sehr belastend. Ebenso für die Handlungsgehilfen. Früherer Schalterdienst für den Paketverkehr und zwar nicht bloß an den Sonntagen ist daher sehr erwünscht. Wenn in Berlin der Paketverkehr um 7 Uhr sich durchführt läßt, warum nicht auch anderswo? Hier hat die Postverwaltung allen Anlaß, sich sozialpolitisch zu betätigen. (Beif. b. d. Soz.)

Abg. Stöcker (wiltsonf.):

wünscht Ausschüsse, in denen alle Kategorien der Postbeamten vertreten sind, Aufbesserung der Postdirektoren, der Landbriefträger, in deren Kreisen vielfach große Not herrscht, energische Durchführung der sozialpolitischen Erlasse des Staatssekretärs, Ausdehnung und Verallgemeinerung der Sonntagsruhe, eine wöchentliche Maximalarbeitszeit, die 60 Stunden nicht übersteigt, sowie Besserstellung der Telegraphenarbeiter, die bei einer Sonderarbeit nur 2,50 Mark täglich beziehen. (Beifall rechts und im Zentrum.)

Abg. Wallau (natl.):

vocemisiert gegen den polnischen Redner und tritt für Ausdehnung und Verbesserung des telephonischen Verkehrs auf dem platten Lande ein.

Unterstaatssekretär Sydow

erklärt, daß die Post-Verwaltung vorläufig nur in denjenigen Gemeinden einen Telephondienst einrichten könne, die eine jährliche Bruttoeinnahme von 10 Prozent des Anlagekapitals garantieren.

Abg. Hug-Konflanz (Zentr.):

(auf der Tribüne fast unverständlich) bringt Wünsche der badischen Postbeamten vor.

Abg. v. Gerlach (fr. Vgg.):

protestiert gegen die Angriffe, die Abg. Böcker am vorigen Tage gegen die Telephonistinnen richtete, und regt Verwendung der Frauen auch im Schalterdienst an. — Die

Telephonapparate in Dresden sind durch neue ersetzt worden, die außerordentlich schlecht funktionieren. — Das die Statistik der Todesfälle in der Postverwaltung so verhältnismäßig günstige Resultate aufweist, liegt daran, daß die Post nur erwachsene Leute einstellt, also bei ihr die Ziffern der Kindersterblichkeit in Wegfall kommen, die in der allgemeinen Statistik die Gesamtzahl der Sterbgeborenen steigern. — Die Klagen der Assistenten haben sich gegenüber den Vorjahren sehr vermindert; das liegt an der endlichen Anerkennung des großen Verdienstes der Assistenten. Es fehlt aber leider an einer entsprechenden

Organisation der Unterbeamten

für das ganze Reich. Wäre sie vorhanden, dann hätte der Reichstag keine Veranlassung, sich mit jeder kleinen Beschwerde dieser Kategorie zu befassen. So lange aber eine solche Organisation fehlt, muß die Volkswirtschaft helfend einpringen. Redner führt Klage darüber, daß die neuen Assistentenstellen erst am 1. Juni statt am 1. April geschaffen werden, bittet, den Landbriefträgern in Schleswig-Holstein die Wege durch die langgestreckten Dörfern in Anrechnung zu bringen und ersucht, überhaupt das völlig unzureichende Gehalt der Landbriefträger zu erhöhen. Der Hinweis auf die kaufmännischen Angestellten, wie ihn der Staatssekretär in der vorjährigen Debatte beliebt, ist unzutreffend. Diese haben das Koalitionsrecht und event. die Waffe des Streiks, um ihre Verhältnisse zu verbessern, die Postbeamten fehlt beides. Mit den „gehobenen Stellen“ ist viel Mißbrauch verbunden. Es ist aber schwer, den strikten Beweis zu führen, weil, wenn Namen genannt werden, die Vorkerbeführer sich der Maßregelung aussetzen. Die Wünsche, die der Abg. Trimborn in Bezug auf die Verlängerung der Arbeitszeit vorbrachte, waren so bescheiden, daß der Staatssekretär sich beileben sollte, ihnen so schnell wie möglich nachzukommen. Unerhört sind die fortgesetzten Eingriffe, die sich die Postbeamten in die bürgerlichen Rechte, speziell in das Wahlrecht der Beamten gestatten. Vielfach ist, mindestens in den mittleren Instanzen, der Wunsch vorhanden, den Postdienst militärisch zu organisieren. Demgegenüber darf der Reichstag nicht aufhören, darauf hinzuwirken, daß die Postverwaltung ihre Beamten als vollberechtigte Staatsbürger behandelt. (Beifall links.)

Abg. Naab (Antifemist)

hat mit den Telephonistinnen schlechte Erfahrungen gemacht, wünscht Ohrenklappen für die Landbriefträger, damit sie sich kein rotes Tuch um die Ohren zu binden brauchen (weiterle), und Vermeidung der Postkämer in Hamburg. (Beifall bei den Ant.)

Staatssekretär Kracke

bestreitet, daß Hamburg benachteiligt sei; die Handelskammer hat sich bisher nicht beschwert.

Abg. Dr. v. Jagdewitz

klagt über die Praxis der Uebersetzungsstellen, Viele an mich, der ich der einzige meines Namens bin, sind an die Uebersetzungsstelle gegangen, sobald sie den Titel „Propst“ in polnischer Sprache erhalten. Die Beschwerden haben ihren Hauptgrund darin, daß der größte Teil der Postbeamten in den polnischen Provinzen nicht polnisch versteht.

Abg. Dr. Sattler (nationalliberal)

erregt nur darum das Wort, damit aus seinem Schweigen nicht auf Zustimmung zu den Ausführungen des Vorredners geschlossen wird. Damit schließt die Generaldebatte. Die Zentrumsvorstellung wird in ihrem ersten Teile (Sonntagsruhe) gegen die Stimmen der Freisinnigen und Nationalliberalen, in ihrem zweiten Teile (Verklärung der Maximalarbeitszeit) gegen die Stimmen der Rechten, und in ihrem dritten Teile (Statistik über die Postbeamten in den Kolonien) einstimmig und mit einem freisinnigen Erweiterungsantrage angenommen, der die Statistik auch auf die deutschen Postbeamten im Auslande ausdehnt. Es folgen die einzelnen Titel. Beim Titel 17 (Oberpostdirektion) protestiert

Abg. Kunert (Sozialdemokrat)

gegen die Erhöhung des Gehalts des Oberpostdirektors in Shanghai von 13,000 auf 15,000 Mark. Auf einer Postagentur der Oberpostdirektion Kassel ist ein Brief widerrechtlich geöffnet worden, ohne daß die Oberpostdirektion Strafantrag gestellt hat. — Redner bittet um mögliche Einschränkung der Erhebung des Strafsportos und um Bekämpfung des Trümpelberufens zu Neujahr.

Staatssekretär Kracke

erklärt, daß der betr. Beamte von der Oberpostdirektion Kassel sofort entlassen und die Sache der Staatsanwaltschaft übergeben sei.

Abg. Eichhoff (fr. Vpt.)

rügt, daß ein Assistent im Bezirk Oppeln, der versehrlich den Geldschrank offen gelassen hätte, außer der Geldstrafe von 10 Mark, so in der Anstellung zurückgesetzt sei, daß er 2000 Mark Schaden gehabt habe.

Derzschlage getroffen worden. — Ein vierter tödlicher Unglücksfall wird aus Templin gemeldet. Der 13-jährige Sohn des Tischlermeisters Rasohl lief auf dem Templiner See Schlittschuhe und geriet in eine offene Stelle. Der Knabe rief um Hilfe, doch gelang es erst nach etwa einer Viertelstunde, den Körper aus dem Wasser zu ziehen. Der Tod des Kindes war inzwischen eingetreten. — Am Donnerstag und Freitag voriger Woche sind nach einer amtlichen Zusammenstellung auf den Gewässern innerhalb des Regierungsbezirks Potsdam 11 Personen ertrunken und ertrunken.

Schneestürme in Amerika. In den östlichen Staaten herrscht kaltes Wetter mit blizzartigen Schneestürmen, die den Verkehr hindern. An der Atlantischen Küste von Jacksonville bis Casport, ferner in New Orleans und Galveston sind Sturmzeichen aufgestellt worden. Mehrere Dampfer von Europa sind hier überfällig; man nimmt an, daß sie bei Sandy Hook warten, bis der die Einfahrt erschwerende Schneesturm vorüber ist.

Die Onkotine als Kulturfaktor. Der Raubmörder Haber Steinbl aus Neufahr, der im vergangenen Herbst einen Bauern auf offener Wiese vom Fuhrwerk herabgeschossen und seinen Wittwe früh im Gole des Landge richtsgefängnisses zu München hingerichtet. Steinbl hörte außerordentlich gefascht die Verlesung des Urteils an und trat noch ziemlich sicheren Schrittes auf das Schafot zu, bra aber wenige Schritte vor diesem in die Knie. Er wurde rasch an das Fallbeil geschickt und in wenigen Sekunden von der traurigen Welt vorüber. Der Gnadenrichter, ein hochangesehener Jurist von hohem Renome, dem man die Tat nicht zugerechnet hätte, hatte in der letzten Zeit einen gewissen Humor nicht verloren. Noch als er Mittwoch früh von den beiden Gehilfen des Scharfrichters aus der Zelle geholt wurde, bemerkte er: „Geh'n ma halt, es hilft ja doch nix mehr!“ Dienstag hatte er noch den Besuch seines Vaters und seines Bruders empfangen.

Es heißt dann noch in dem ausgeschmückten Bericht der bürgerlichen Presse: „Steinbl hat die Tröstungen der Religion nicht von sich gewieken.“ Das sagt freilich alles.

Ein schweres Grubenunglück wird aus Angers (Dep. Maine et Loire) gemeldet. In den Angers benachbarten Schieferbrüchen von Arville ist Mittwoch Abend während der Auffahrt von 15 Personen das Seil des Förderkorbes in einer Höhe von 150 Meter. Der Korb stürzte in die Tiefe und alle fünfzehn Personen wurden getötet.

Die Freue des Bundes. Ein in München ansässiger Herr A. Grimm begab sich in Begleitung seines Jagdhundes auf seine in der Nähe Münchens gepachtete Jagd. Beim Ueberschreiten eines Weidenbaches kam er zu Falle, sein Gewehr entfiel ihm, wohl infolge

Staatsekretär Kracke gibt zu, daß die Bestrafung in diesem Falle zu hart war. Man werde sehen, wie sich jetzt noch ein Ausgleich finden lasse.

Abg. Kunert (Sozialdemokrat):

Der Herr Staatssekretär hat zugegeben, daß das Briefgeheimnis in dem erwähnten Falle verletzt wurde. Das ist eine sehr ernste Sache. Solche Fälle sind auch früher häufig vorgekommen.

Staatssekretär Kracke:

Ich weiß nicht, was der Herr Vorredner will. Die Postbehörde hat doch den Beamten sofort entlassen. Ihr kann man also wohl kaum einen Vorwurf machen.

Der Titel wird bewilligt.

Beim Titel „Unterbeamte im Landpostdienst“ fordert Abgeordneter Nabeli (Sozialdemokrat)

Erhöhung des Gehalts der Landbriefträger nach 17jähriger Dienstzeit von 1000 Mk. auf 1200 Mk. mit Rücksicht auf den besonders schweren Dienst dieser Beamten.

Die Beratung des Titels wird abgesetzt bis zur Beratung des heutigen Beschlusses der Budgetkommission auf Festlegung des Mindestgehaltes der Unterbeamten auf 1000 bis 1600 Mk.

Nach weiterer unfruchtbarer Debatte wird der Rest des Postetats soweit er nicht der Budgetkommission überwiesen ist, bewilligt.

Nächste Sitzung: Montag 1 Uhr. (Nachtragsetats für die Schutzgebiete und Etat über die Perceps Expedition. Schluß 6 1/2 Uhr.

Im Abgeordnetenhaus

wurde am 26. Januar der Etat der Landwirtschaftlichen Verwaltung zu Ende beraten und der Etat der Gutsverwaltung in Angriff genommen. Die Redezeit war aber eine so bedeutende, daß der Präsident den Vorschlag machte und durchsetzte den Rest des Geschäftsplans in einer Abend Sitzung zu beraten.

Die Debatten boten kein großes allgemeines Interesse. Mehrere Zentrumsgenossen sagten das Vieh von der Not der Landwirtschaft und forderten den Minister auf, die Hilfsfonds zu vermehren. Längere Erörterungen knüpften sich aber an den freisinnigen Antrag Biele, der von der Regierung eine sozialistische Nachweisung über die Rentabilität der Kornhäuser verlangte. Diese mit Staatsgeheim eingetragenen Institute arbeiten nämlich mit Unterbillung, sie schädigen den Handel und nützen nicht einmal der Landwirtschaft etwas. Die Agrarier betrachten die Kornhäuser aber als notwendig ihnen zu gewöhnliche Liebesgabe und lehnten den Antrag Biele, den auch der Minister bekämpfte, ab. Sehr eingehend unterrichtete man sich über den Korneubau, die Rente- und Wagnisbilanzierung.

In der Abend Sitzung wurde vom freisinnigen Abg. Köplich die neueste Phase behandelt, in die der Fall des Lehrers Nitzel in Trakehnen getreten ist. Herr Nitzel ist mit einem unerhörten schwarzen Falschlinareverfahren bedacht worden. Man hat ihm vom Fiskus 5000 Mark und zur selbständigen Rückzahlung der Wohnung verpflichtet.

Der Streik der Bergleute. Eine Drohung der Regierung?

Großes Aufsehen erregt die folgende plötzliche Ankündigung:

Die Staatsregierung beabsichtigt dem Landtage demnächst einen das Berggesetz abändernden Gesetzesentwurf vorzulegen. Die Abänderungen betreffen vorwiegend:

- 1. Die gesetzliche Regelung der Arbeitszeit, einschließlich der Seilfahrt;
2. eine Regelung des Ueber- und Nebenrichtweinsens;
3. Obligatorische Einführung der Arbeitsauschüsse;
4. Verbot des Wagnissens;
5. Abgrenzung der Höhe der Strafen für einen bestimmten Zeitraum.

Der Gedanke wäre nicht schlecht. Aber er wird seine Wirkung auf die Besenbesitzer gänzlich verfehlen, weil dieses Notgesetz nicht dem Reichstag vorgelegt wird, wo es zunächst auf Erfolg hätte; sondern dem preussischen Landtag, wo die Freunde und Verwandten der Kohlenproben in dichten Haufen sitzen. Doch es soll der Regierung

Aus aller Welt.

Fort mit dem § 166 des Strafgesetzbuches! Wegen Gotteslästerung und Religionsbeschimpfung hatte sich der Maler Hans Meiga vor der 10. Strafkammer des Landgerichts I zu Berlin zu verantworten. Meiga zeichnet als verantwortlicher Redakteur für die anarchische Zeitschrift „Der freie Arbeiter“. Gegenstand der Anklage bildeten zwei in dieser Zeitschrift veröffentlichte Artikel, deren erster unter dem Titel „Gott der erste und Gott der zweite“ dem „Armen Conrad“, der zweite unter dem Titel „Sittlichkeit und Christentum“ einem Werke des Schriftstellers N. K. K. entnommen war. In dem ersten Artikel wurde in der Form eines Märchens erzählt, wie der ehemalige alte liebe Gott abgesetzt und an seine Stelle der zweite Gott in Gestalt des Staates getreten sei. In dem zweiten Artikel wurde u. a. gesagt: „Die Moral der Bibel sei fa“ durchgehend infam“. Die 7. Strafkammer hatte die Eröffnung des Hauptverfahrens bezüglich des ersten Artikels abgelehnt, weil sie meinte, daß an dem Inhalt des Artikels wohl niemand Anstoß genommen habe. Das Kammergericht ordnete aber die Erhebung der Anklage an, da der erste Staatsanwalt Fjage als Persönlichkeit auftrat, die Veranlassung an dem Artikel genommen hatte. Erster Staatsanwalt Fjage behauptete gestern als Zeuge, daß die rohe Ausdrucksweise, mit der das was einem religiösen Menschen heilig sei, in dem Staub gegeben werde, ihm Veranlassung bereitet habe. — Staatsanw.-Rat Lindow beauftragte wegen beider Artikel für 1 Monat Gefängnis. Rechtsanw. Viktor Fraenkel bestritt dagegen die Anwendung des § 166 auf diesen Fall, zum Teil aus dem Grund von der abweichenden 7. Strafkammer geltend gemachten Gründen und beantragte die Freisprechung, da der Ankläger die Artikel ja aus unbeabsichtigten gebliebenen Quellen übernommen und deshalb das Bewußtsein der Strafbarkeit nicht gehabt habe. — Der Gerichtshof erklärte auf Freisprechung bezüglich des ersten Artikels, verurteilte aber den Angeklagten wegen des zweiten Artikels zu zwei Monaten Gefängnis.

Opfer des Eisports. In erschreckender Weise häufen sich in diesem Jahre die Meldungen von tödlichen Unglücksfällen, die durch Einbrechen auf dem Eise verursacht sind. In dem Mändsee bei Berlin fanden Nachmittags der 9. Jahre alte Paul und die 7 Jahre alte Hedwig E. ihren Tod. Während der Vater bei der Eisreise beschäftigt war, spielten die beiden Kinder in der Nähe auf dem Eise und brachen ein. Die sofort angestellten Rettungsversuche waren vergeblich. — Auf dem Grienersee bei Rheinsberg brach der Wäckermeister Ernst Franke beim Schlittschuhlaufen ein. Dem Ertrunkenen wurde eine Stange gereicht, die er auch ergriff, F. ließ sie jedoch sofort wieder los und ging unter. Er war allem Anschein nach von einem

der Erschütterung, und die ganze Erschütterung drang dem Unglücklichen in die Brust. Zwei Bauernjungen, die sich in der Nähe aufhielten, waren Zeugen des Voralles gemessen und eilen herbei. Mit letzter Kraft des schwindenden Bewußtseins forderte der Verunglückte den einen der beiden Knaben auf, in das nahe Dorf zu eilen und Hilfe herbeizuholen, während der andere durch Zusammenpressen der Wunde ein Verbluten verhindern sollte. Doch man hatte nicht mit dem Jagdhund gerechnet. Jeder Versuch des Knaben, sich an dem Bestimmungsorten zu schaffen zu machen, wurde von dem sich wirbelnd gebärdenden Hunde vereitelt. Als nach kurzer Zeit die herbeigekommene Hilfe kam, war es zu spät. Jeder Versuch der Wiederbelebung war vergeblich, der Tod war infolge von Verblutung eintretend — der treue Hund hatte mittelbar den Tod seines Herrn veranlaßt.

Sprechende Postkarten. Der neueste Rivale der weltberührenden Ansichtspostkarte ist ein Pennantomat und zwar nicht nur für Ansicht- oder Porträtkarten, sondern für ein phonographisches Dokument in des Absenders eigener Sprache. Die Erfindung kommt aus Wien. Die betreffende Person erhält durch den Antonianer ihre Rede auf einer dünnen Gramophonplatte, die auf einer Postkarte fixiert wird und dann wie eine gewöhnliche Postkarte verpackt werden kann. Die Platte soll aus einem neu erfindenen Material bestehen, welches so hart ist, daß eine Beschädigung bei dem Postversande nicht eintritt. Natürlich besteht nun für den Empfänger eine Schwierigkeit in der Reproduktion der Rede des Absenders, aber hier soll durch einen neuen Phonographen abgeholfen werden, der für einen Preis von höchstens 10 Kronen (850 Mk.) auf den Markt gebracht wird. Sollte diese Erfindung Erfolg haben, so ist kein Zweifel, daß diese Phonographenpostkarte der illustrierten Postkarte eine ernste Konkurrenz bereiten wird. — Da heißt es wohl am besten: Abwarten und Tee trinken.

Ein erpöckliches Kleinbahnunfall hat sich jüngst auf der Strecke Haspe-Vörde zugetragen. Auf einer Haltestelle wartete eine Anzahl Personen auf den Zug, die nach Hause zurückkehren wollten, auf die Ankunft des Zuges. Viertelstunde auf Viertelstunde verging: der Zug ließ sich nicht blicken. Schließlich wurden telephonisch durch Aufträge auf den anderen Stationen Ertrundigungen eingezogen, und da stellte es sich denn heraus, daß der Zug irrendes auf der Strecke vollkommen verlassen stand; weder das Fahrpersonal noch Passagiere waren zu sehen. Und was war die Ursache dieser Verdrängung? Der Zug hatte vier Personen als Frachtpersonen, und eines davon war unterwegs ein Sprung. Auf das nächste Vorkommen machte nun das Fahrpersonal, unterstellt von den Fahrplänen, Jagd, und endlich gelang es, den Ausreißer wieder einzufangen. Nachdem dies vollbracht war, trat der Zug mit einständiger Verdrängung auf der Haltestelle ein und setzte dann ohne weiteren Zwischenfall die Fahrt nach Vörde fort.

nicht erspart bleiben, Farbe zu bekennen, wie ernst sie es mit der Sache meint. Der „Normarist“ zeigt an:

Die sozialdemokratische Reichstags-Fraktion hat in ihrer Sitzung am Mittwoch beschlossen, auf dem Wege eines Initiativantrages die von den streikenden Bergarbeitern aufgestellten Forderungen nach reichsgesetzlicher Regelung zur möglichst schleunigen Behandlung vor den Reichstag zu bringen, und zwar soll dieser Antrag einschließen die Frage der täglichen Schichtzeit, der Sonntagarbeit und der Ueber-schichten, der Beseitigung des Wagnens, der Schaffung von Arbeiterausschüssen, sowie von Wagen- und Gruben-kontrollen aus den Reihen der Arbeiter.

Die Regierung hat also Gelegenheit, die Grubenarbeiter zu Raaren zu treiben, was ihr der Landtag verweigert, wird ihr der Reichstag bewilligen — wenn sie nur ehrlich will.

Der Reichskanzler drängt.

Die unter dem Vorsitz des Grafen Hilow abgehaltene Sitzung des Staatsministeriums soll, wie der „Reichsbote“ wissen will, sich mit dem Streit im Ruhrgebiet beschäftigen haben. Angeblich drängt der Reichskanzler darauf hin, daß die Arbeitgeber den Arbeitern entgegenkommen, damit ein vernünftiger Anlaß zum Weiterstreiken nicht mehr gegeben sei. Der Handelsminister hat mehrere Kommissare beauftragt, sich auf das Sorgfältigste über alle Reichsgruben zu unterrichten und Material für etwaige gesetzgeberische Maßnahmen zu sammeln. Der Minister hält eine Reihe der von den Bergleuten aufgestellten Forderungen für berechtigt. In erster Linie rechnet er die Abschaffung des Wagnens und die Einrechnung der Seilfabrik in die Arbeitszeit hierzu.

Wanderer.

Der Bergbauverein faßte folgenden Beschluß:

Der Bergbauverein, der Zustimmung seiner beteiligten Vermittlungen über, erklärt wiederholt, daß er den dringenden Wunsch hat, darüber Klarheit zu schaffen, ob die in der diesseitigen Bergbauindustrie tatsächlich bestehenden, die zu einer Arbeiterbewegung, wie der jenseitigen, Veranlassung geben könnten. Der Verein wiederholt seinen bereits dem Reichskanzler der Staats-Regierung am 14. Januar gestellten Antrag auf schleunigste Einsetzung einer Untersuchungskommission, die im Einvernehmen mit dem Landtag, also auch im Wege der parlamentarischen Enquete, eine Prüfung aller bestehenden Mißstände vornimmt, und macht sich wiederholt stark dafür, daß die nachgewiesenen Mißstände sofort beseitigt werden.

Den Herren wird vor den Folgen ihrer eigenen Haltung lange, sie möchten deshalb die Situation durch Schein-mannöver verschleiern.

Der Streit scheidet.

Am Donnerstag sind in 18 Bergrevieren des Oberbergamtsbezirks Dortmund angefahren unter Tage 21,922 von 197,706 Mann, unter Tage 29,229 von 47,258 Mann, insgesamt also über und unter Tage 50,251 von 244,964 Mann der Belegschaft der streikenden Gruben. Dithin fehlten 194,713 Mann gegen 194,856 Mann in der gestrigen Schicht.

Solidaritäts-Kundgebungen.

Der Zentralverband der Maurer hat beschlossen, die Streikenden materiell mit 20,000 Mk. zu unterstützen.

Der Parteivorstand der deutschen Sozialdemokratie quittiert in der gestrigen Nummer des „Normarist“ über weitere 31,000 Mk., zusammen sind bei ihm also schon jetzt 62,000 Mk. eingegangen, dazu bei der Berliner General-Kommission 26,000 Mk. Ein Beispiel von Opferwilligkeit, das uns niemand nachmachen wird.

Die „Welt am Montag“, die „Frankf. Zig.“, die „Berl. Zig.“ eröffnen Sammelstellen, die letzteren letztere der Druckereibezirger Wäcker mit 2000 Mk. ein!

Das Wachstum der Organisation.

Seit Beginn des Streiks hat der Zustrom zu den Arbeiterorganisationen sich kolossal entwickelt. In 14 Tagen hat der alte Verband 30,000, der christliche Gewerksverein 15—20,000, der polnische 4—5000 neue Mitglieder aufgenommen. Täglich melden sich viele Hunderte an. Das ist zwar bei den meisten Streiks so, doch steht zu hoffen, daß die Bergleute auch dauernd bei den Organisationen bleiben.

Von dem Metallarbeiter-Verband in Stuttgart sind beim Verbandsbureau in Bochum 60,000 Mk. eingegangen.

Nach einem Telegramm des nach London gestiegenen Delegierten der Bergarbeiter, Schreiber, an das Bureau des Bergarbeiterverbandes hat die Bergarbeitervereinigung Großbritanniens für die Dauer des Ausstandes 40,000 Mk. pro Woche, außerdem die Erhebung von Extrabeiträgen für die Bergleute im Ruhrrevier zugesichert. Sie verpflichtete sich ferner, die Kohlenausfuhr und Ueberproduktion zu verhindern.

Ein Protest

gegen Oberbürgermeister Schmieding.

In einer Bürgerversammlung zu Dortmund wurde die Staatsregierung aufgefordert, energische Maßnahmen zu ergreifen, um auf die Grubenherren einen Einfluß auszuüben; dann wurde folgende Resolution angenommen:

Die Bürgerversammlung mißbilligt in schärfster Form die durch nichts begründeten polizeilichen Maßnahmen des Oberbürgermeisters Schmieding. Es liegt in der Doppelstellung des Herrn Schmieding als Oberbürgermeister und Ausschüßratsmitglied der Harpener Bergbauergesellschaft eine schwere Gefahr für die Bürger der Stadt Dortmund. Die Versammlung fordert Herrn Schmieding auf, seine Verantwortungen zu geben und das Amt als Oberbürgermeister niederzulegen. Sollte er diesen Wunsch nicht beabsichtigen, so fordert die Versammlung die Regierung an, daß sie Herrn Schmieding nahelege, auf das Amt als Oberbürgermeister oder Ausschüßratsmitglied zu verzichten.

Bergarbeiterstreik in Belgien.

In Borinage ist der Streik ausgebrochen, der sich auszubreiten scheint.

Sowohl in Wasmes als in Klénu Produkt haben die Kohlenarbeiter den Ausstand erklärt. Die Zahl der Feiernden beträgt jetzt etwa 2000, für heute wird der Ausstand in Anaregonn erwartet, wodurch sich die Zahl auf etwa 6000 heben wird. Ueberall herrscht größte Ruhe.

Lokales und Provinzielles.

Breslau, den 27. Januar.

Breslauer Stadtverordneten-Versammlung.

Die gestrige Tagung der Stadtverordneten begann ganz geschäftsmäßig. Die Seifenlieferung für die Brauereibetriebe wurde auf ein ferneres Jahr dem Seifenfabrikanten Robert Kerschner übertragen.

Dann wurde zwischen der Verpflichtung des wiedergewählten Stadtverordneten Prof. Dr. Gärtner vorgenommen, der durch Krankheit am Erscheinen in den bisherigen Sitzungen verhindert gewesen war. Hierauf genehmigte die Versammlung die Bewilligung von Umzugsgeldern an einen von Larnowitz nach Breslau verzogenen Gymnasial-Oberlehrer und ebenso den Ankauf eines Grundstücksstreifens an der Einmündung der Kantstraße in die Lehmarubensstraße.

Absdann berichtete Herr Dertel über die Verhandlungen des Finanzausschusses über das Breslauer Anschlagswesen. Wie wir bei Besprechung der Vorlagen bereits hervorhoben, enthält der Magistratsantrag die Bestimmung, daß von der Bewerbung um die Pacht des Anschlagwesens die Druckereien nicht mehr wie bisher ausgeschlossen bleiben sollen. Der Magistrat vertritt die Meinung, daß ein Druckereibezirger der geeignete Mann sei, um das Anschlagswesen auf die Höhe zu bringen. Im Ausschuss haben sich nun auch Stimmen erhoben, die diese Bestimmung entfernt wissen wollten, um die Bildung eines Druckmonopols zu verhindern. Der Ausschuss hatte sich aber schließlich entschlossen, die Ausschreibung der Verpachtung zu empfehlen, mit der Maßgabe, daß vor Erteilung des Zuschlags die Frage der Beteiligung von Druckereien an der Pachtbewerbung nochmals geprüft werden solle. Stadtverordneter Dr. Reiffers äußerte gegen den Magistrats- und den Ausschussantrag Bedenken. Wenn wirklich eine Druckerei den Zuschlag erhalten würde, so wäre ihr ein Druckmonopol tatsächlich, wenn auch nicht formal rechtlich, eingeräumt. Die Druckerei könne und würde wahrscheinlich die Plakate bevorzugen, die sie selbst geliefert habe. Auch wenn eine beschränkende Bestimmung in dem Vertrage enthalten sei, könne ein derartiger Mißstand nicht verhindert werden. Stadtverordneter Heilberg schloß sich diesen Bedenken an und forderte die Zurückverweisung der Vorlage an den Ausschuss mit dem Bemerkten, daß die Einleitung des Raumes an den Säulen in anderer Weise geregelt werden müße. Jetzt stehen regelmäßig an den günstigsten Stellen die Varietè-Plakate, während die wichtigen Verammlungs- und beratigen Anzeigen an einem versteckten Winkel gedruckt werden müssen. Stadtrat Havesstein suchte die Vorlage unter Hinweis auf das Berliner Anschlagswesen, das auch pachtweise von einer Druckerei verwaltet wird, zu rechtfertigen. Gegenüber diesen Meinungsverschiedenheiten beantragten unsere Genossen, das gesamte Anschlagswesen in eigene Regie der Stadt zu übernehmen. Zur Begründung dieses Antrages wies Genosse Schütz auf die vielfachen Unzuträglichkeiten hin, die sich bei dem bisherigen System herausgebildet haben und außerdem auf die Schädigungen die der Wehrzahl der Breslauer Druckereien zugefügt würden, wenn ein Druckmonopol geschaffen würde. Der freie Wettbewerb bezüglich der Druckaufträge solle bestehen bleiben, dagegen die Sammlung der Plakate und die gesamte Verwertung des Anschlagwesens von der Stadt direkt ausgeübt werden. Stadtv. Drischel beantragte, den sozialdemokratischen Antrag dem Ausschuss zu überweisen.

Am der weiteren Debatte beteiligten sich die Stadtv. Reiffers, Heilberg, Dettlinger und Schaeff. Als Genosse Schütz einer irrthümlichen Auffassung seines Antrages entgegen treten wollte, riefen die konservativen Herren demonstrierend: „Schluß! Schluß!“ Unser Redner gab ihnen aber alsbald zu verstehen, daß eine sozialdemokratische Versammlung sich schämen würde, so ein Betragen zu zeigen. Darauf mußten die Herren nicht mehr. — Bei der Abstimmung wurde der Antrag auf Zurückverweisung an die Kommission abgelehnt, der Antrag des Ausschusses angenommen. Den weitergehenden Antrag Schütz brachte der Vorsitzende nicht zur Abstimmung, ebensowenig den Antrag Drischel, den sozialdemokratischen Antrag dem Ausschuss zu überweisen.

Am den Staatsauschuss verwies die Versammlung alsdann die Vorlage betr. die Ersparnisse an städtischen Polizeikosten. Ferner wurde die Veränderung des Gehalts des juristischen Departements der Bau- und Regelpolizei-Verwaltung genehmigt und die Zahlung einer Abfindungssumme von 450 Mk. in einer Erbchaftsfrage beschlossen. Der Wohnungsgeldzuschuß für die Lehrer an den höheren und mittleren Schulen soll nach dem neuen Servisgesetz geregelt werden. Die Versammlung gab auch ihre Zustimmung dazu, daß einzelne Teile von Hoff- und Ackerflächen des Gutes Lusine für 17,000 Mk. verkauft werden. Eine kurze Erörterung entfiel sich gelegentlich der Beratung über die Kautionsstellung der Sparkassenbeamten. Hierbei hielt Stadtv. Stein eine große Rede über das soziale Elend der Beamten, die gezwungen sind, die Kasse anzugreifen. Er forderte eine bessere Bezahlung und Befreiung der Beamten und die Aufhebung von nur solcher Steuern, deren Verhältnisse „geordnet“ sind, d. h., die Reichthum genug besitzen und einen Gewinn in die Kasse nicht nötig haben. Herr Stein beantragte aus diesen und anderen Gründen, die Kautionsstellung der Beamten überhaupt zu beseitigen, wie es der Staat schon getan habe. Der Oberbürgermeister widersprach dem Antrage. Bei den inneren Kassendirektoren wären Unterklassungen außer Acht zu lassen und die Kautionsstellung der Beamten vor dem ersten Gewinn zurückzuführen. Diese Kautionsvorlage wurde schließlich dem Ausschuss überwiesen.

Interessante Debatten schloßen sich an das Ausschussgutachten über die Anstellung eines besonderen Gewerberichters an: Der Ausschuss empfiehlt die Ausschreibung der Stelle mit halbjähriger Probezeit. Der Oberbürgermeister hielt diese für sehr unzulässig. Man wolle

einen älteren erfahrenen Richter haben und da sei es ganz ausgeschlossen, daß solche sich auf eine halbjährige Probe einstellen. Genosse Löbe ersuchte um Annahme der Vorlage, die einer alten Forderung der organisierten Arbeiterschaft entspreche. Die Arbeiter und insbesondere die Weisiger beim Gewerbegericht haben wiederholt den häufigen Wechsel der Vorsitzenden beklagt. Die Weisiger wechseln naturgemäß oft und der Vorsitzende solle gewissermaßen den ruhenden Pol abgeben. Das sei bisher leider nicht immer der Fall gewesen. Manchmal habe sogar in einer Sache mit mehreren Terminen verschiedene Vorsitzende fungiert. Deshalb sei die juristische Behandlung der Fragen auch zum Teil grundverschieden. Diese Uebelstände zu beseitigen, sei dringend wünschenswert, umso mehr, als das Gewerbegericht wohl die bestmögliche Einrichtung der gesamten sozialen Gesetzgebung ist. Die vielfachen Klagen, die von den Arbeitern bezüglich der sonstigen sozialpolitischen Gesetzgebung erhoben worden, kommen bei dem Gewerbegericht nicht in Betracht. Ein besonderer Vorzug dieses Gerichts ist die Schnelligkeit mit der es arbeitet. Aber das Breslauer Gericht bleibt in dieser Beziehung hinter dem Berliner weit zurück. Das liegt daran, weil nicht ein ständiger Beamter in Breslau die Sachen bearbeitet. An dem Ausbau dieses Instituts, das den sozialen Frieden fördert, mitzuwirken, dazu werden wir, die wir sonst immer als Helfer gelten, stets bereit sein.

Der liberale Stadtverordnete und Ratsherrmeister Simon konnte es nicht unterlassen, dieser Rede seinen Arbeitgeberstandpunkt gegenüberzustellen. Es sei absolut nicht richtig, daß das Gewerbegericht das beste Instrument der sozialen Gesetzgebung sei. Die Arbeiter allerdings hielten viel davon, weil sie glaubten, dort sicher noch etwas herauszuschlagen. Selbst wenn der Arbeiter Unrecht ist, werden die sogenannten Einigungsversuche eingeleitet, die darin bestehen, daß auf den Arbeitgeber gequert wird, er solle etwas herauszahlen. Der so gedrängte Arbeitgeber würde, wenn er das Gewerbegericht verläßt, in seinem sozialen Frieden wenig gestört sein. Im Uebrigen habe gerade die Partei des Herrn Löbe am allerwenigsten Interesse daran, daß der soziale Frieden hergestellt werde. (Bravo! bei den Konservativen.) Im Uebrigen empfiehlt Redner die Anstellung eines Richters auf Probe, damit man beurteilen könne, ob er den Taft bestehe, sich die Sympathien der Arbeiter und der Arbeitgeber zu erwerben. Herrn Heilberg, dem freimüthigen Wortführer, waren die Ausführungen seines liberalen Gesinnungsgenossen augenscheinlich unheimlich und er versuchte, die Debatte von dem Thema abzubringen und die Magistratsvorlage sachlich zu prüfen. Er widersprach dem Ausschussantrage betreffend der Probezeit und empfahl dringend die Annahme der Magistratsvorlage. Der Gewerberichter habe ein reichliches Arbeitsquantum zu bewältigen und seine Anstellung sei deshalb dringend notwendig. Wenn man die Anstellung auf Probe beschließen würde, würde das Heer der Rechtsanwälte von der Bewerbung ausgeschlossen. Genosse Löbe erwiderte dem Herrn Simon, daß dieser sich mit zwei Kaisern und Bismarck auseinandersetzen möge, die dieselben Ansichten bezüglich des Gewerbegerichts vertreten haben. Im übrigen haben Praktiker und Leute, die etwas von der Sache verstehen, oft anerkannt, daß die Arbeitnehmerschicht immer im Sinne des sozialen Friedens gewirkt haben. Und diese Arbeitnehmer gehören fast ausschließlich der sozialdemokratischen Partei an! Herr Simon versuchte noch eine lahme Erwiderung. Nach kurzer weiterer Debatte wurde die Magistratsvorlage einstimmig angenommen und zwar ohne die vom Ausschuss eingeschaltete Probezeit.

* **Schlesischer Abend im Südosten der Stadt.** Mehrseitige Anregungen Folge leistend, veranstaltete der Humboldt-Verein für Volksbildung am Dienstag den 31. d. M., Abends 8 Uhr, im großen Saale des Stablkaisers „Wilhelmshöhe“, Subenstraße 125, am Endpunkte der elektrischen Straßenbahn, einen seiner räthlichst bekannten Volksunterhaltungsabende, zu dem jeder Mann für ein Zehnpreußigstück Einlaß finden kann. Der Abend wird vorwiegend heiteren Charakter aufweisen und zwar sprachlich schlesisch. Es haben sich zu dessen Gelingen vereinigt die Damen Frau Dr. Dialon-Fußel und Helga Eisner-Barber und die Herren Paul Wittmann, Ernst Rudolph, Robert Sabel und Ludwig Sittenfeld, der den Abend mit einer kurzen Ansprache einleiten wird. Es ist dies der erste Versuch, der in jener Gegend mit solchen Abenden gemacht wird, hoffentlich finden sich ihre Besucher recht zahlreich ein.

* **Humboldt-Verein für Volksbildung.** Nur für Minderbemittelte findet Montag, den 30. d. M., 7 1/2 Uhr, im Thalia-Theater eine Vorstellung von Arranges wirkungsvollem „Hilfsbuch“ „Lotos Vater“ statt. Anmeldungen auf Eintrittskarten sind — nur schriftlich — an Herrn Eugen S. Bernbard, VII, Sedowstraße 60, hpt., zu richten, bei welchem auch Sonntag, den 29. d. M., Vormittags 11—2 Uhr, (nicht wie sonst 10—1 Uhr) die Ausgabe der zugetheilten Billette stattfindet. Ueber die frühe Abonnement-Vorstellung für Mitglieder wird Näheres demnächst bekannt gegeben werden.

* **Die Liebertafel „Trene“** (Breslauer Holzarbeiter) veranstaltet am Sonnabend, den 4. Februar, ein Karneval in den Räumen des „Schiefwerder“. Ein genussreicher Abend verspricht das äußerst reichhaltige Programm, in welchem als Hauptnummer eine großartige Pantomime mit Original-Eselen und Nationaltänzen aus dem „Leben und Treiben der Magyaren“, der Kinder der der Puzita zur Aufführung gelangt. Es ist zu erwarten, daß auch dieses Fest eifrig unterstützt wird. Die Ballmusik wird von der Kaiserlichen Konzert-Kapelle ausgeführt. Alles Nähere im Inserat und in den durch Plakate kenntlichen Vorverkaufsstellen.

* **Ein Zigeunerlager im Gewerkschaftshaus**, so betitelt sich ein von der Freien Turnerschaft Breslau am Sonntag, den 5. Februar 1905, im Gewerkschaftshaus veranstalteter Maifestabend, an dem die Teilnehmer mit oder ohne Plakaten erscheinen können. Der große Saal ist auf das prächtigste dekoriert, der Besucher fühlt sich in ein byzantinisches Vergnügen versetzt. Nach erfolgtem Eingang der Zigeuner-Karawane folgt ein von der Turnersinnlichen Abteilung eingeleiteter Zigeuner- und Zigeunerinnen-Neigen. Ferner produzieren sich Gaukler, Akrobaten und Handwerker, Violoncellisten und Saitenspieler. Alles in allem verspricht der Abend ein genussreicher zu werden und sind hierzu alle Arbeiter und Freunde der Freien Turnerschaft besonders eingeladen, umso mehr, da ein etwaiger Ueberfluß zur Anschaffung von Turngeräten verwendet wird. (Siehe Inserat.)

* **Polizeiliche Melbungen.** In das Polizeigefängnis wurden am 25. d. M. 22 Personen eingeliefert. — Geinanden wurden: ein Wuff, eine Kelscha, ein goldenes Filznetz, ein Trauring eine goldene Waile und eine Hiederde. — Zugelassen ist ein gelber Schäferhund und ein grauer Wolfspitz. — Abhandelt kamen: ein goldenes Kettenband, eine goldene Damenuhr aus C. B. und ein Trauring aus C. N. 12. 5. 98.